

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Heute mit 48 Seiten

Zuwanderung bedroht Energieversorgung

2

Gewaltorgien

17

Ode an Solothurn

32

Historisches Appenzell

Bild: Daniel Muntwyler, Leibstadt AG



Nein zu rot-grünen Illusionen

Masslose Zuwanderung bedroht Energieversorgung

von Mike Egger, Nationalrat, Fleischfachmann, Berneck SG

Gemäss Bundesverfassung tragen Bund und Kantone die Verantwortung für eine sichere und zuverlässige Energieversorgung. In jeder Sekunde muss die Stromproduktion exakt dem Stromverbrauch entsprechen, um die Stabilität des Stromnetzes und damit der Versorgungssicherheit zu gewährleisten.



Ein Blackout wäre fatal für die Schweizer Sicherheit und würde uns mit 2–4 Milliarden Franken pro Tag teuer zu stehen kommen. Trotz dieser enormen Gefahr schrammte die Schweiz letzten Winter nur knapp an diesem Horrorszenario vorbei.

Sichere Stromversorgung statt Flutterstrom

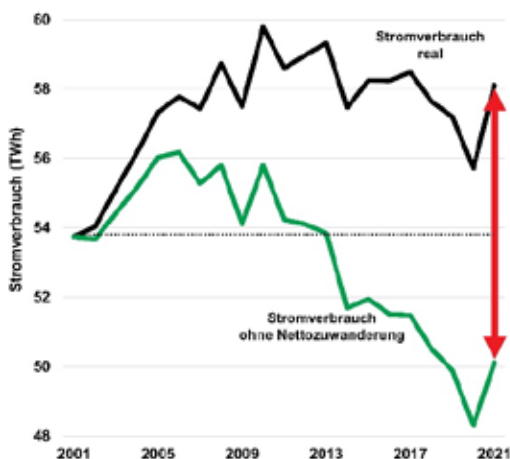
Der Ausbau der sogenannten «Erneuerbaren» ist eine unglaubliche Herausforderung für unser Stromnetz. Während Wasser- und Kernkraftwerke 24 Stunden am Tag Bandstrom liefern, führen Solar und Wind zu starken Produktionsschwankungen, dem Flutterstrom. Ein aufkommender Wolkenbruch, eine Windflaute oder Tag/Nacht-Schwankungen haben einen starken Einfluss auf die Stromproduktion und Netzstabilität. Das Stromnetz muss massiv ausgebaut werden, um höheren Spitzenlasten standzuhalten. Zusätzlich braucht es gigantische Stromspeicher, um den Strom in Zeiten zu hoher Produktion zwischenspeichern. Ausserdem müssen bei Windstille Reservekraftwerke (meist Gas oder Öl) zur Verfügung stehen, welche sofort hochgefahren werden können.

Seit 2000 wurden in Deutschland knapp 110 Milliarden Euro in Windenergie investiert. Dennoch waren diese Windräder letzten Winter teilweise nur zu sechs Prozent ausgelastet; die Stromversorgung musste an diesen Tagen mit Kohle und Gas sichergestellt werden. Die wahren Kosten der Erneuerbaren sind also


nicht bloss das «reine Installieren eines Panels», Sie beinhalten auch einen massiven Netzausbau und dessen Stabilisierung, zusätzliche Speicherkapazitäten, aber auch Reservekraftwerke.

Da praktisch sämtliche Länder Europas mit den gleichen Schwierigkeiten kämpfen, ist die Annahme von stets verfügbarem Importstrom für die Schweiz trügerisch und höchst gefährlich. Dennoch ist dies eine der Kernannahmen der Schweizer Energiestrategie 2050: Gemäss dieser soll in

Stromverbrauch durch Nettozuwanderung



Mit Nettozuwanderung:

 + 59'922 jedes Jahr (2001-2021)
2021: 58.1 TWh Stromverbrauch

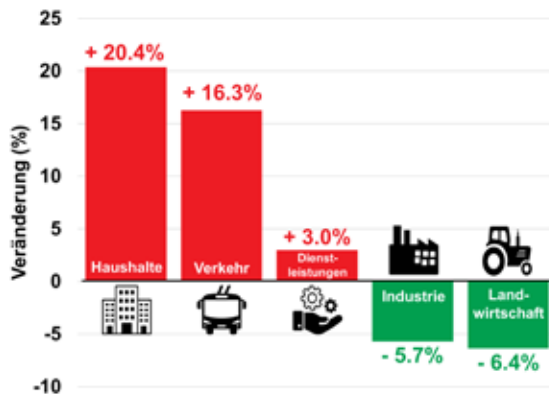
Ohne Nettozuwanderung:

2021: 50.1 TWh Stromverbrauch
 **8 TWh weniger** als realer Stromverbrauch
 **entspricht Produktion des AKW Gösgen (7.8 TWh)**

der Zukunft fast die Hälfte unseres Winterstroms aus italienischen Gaskraftwerken stammen, welche mit Gas aus dem Kongo und Angola gespeisen werden. Notabene: Italien ist der mit Abstand grösste Stromimporteur Europas. Ebenfalls ging die Energiestrategie 2050 von einer Bevölkerungszahl von neun Millionen Einwohner bis 2050 aus. Doch bereits heute, 27 Jahre früher, droht uns die 9-Millionen Schweiz.

Fakten statt Fake mit Mike Egger

Stromverbrauch



Von 2001 bis 2022:

Industrie & Landwirtschaft
verbrauchen weniger

Haushalte, Dienstleistungen
& Verkehr
verbrauchen mehr

Bevölkerungswachstum ist
grosser Treiber des
Strommehrbedarfs

Quelle: BFE, Elektrizitätsstatistik 2020/2022

Stark steigender Stromverbrauch

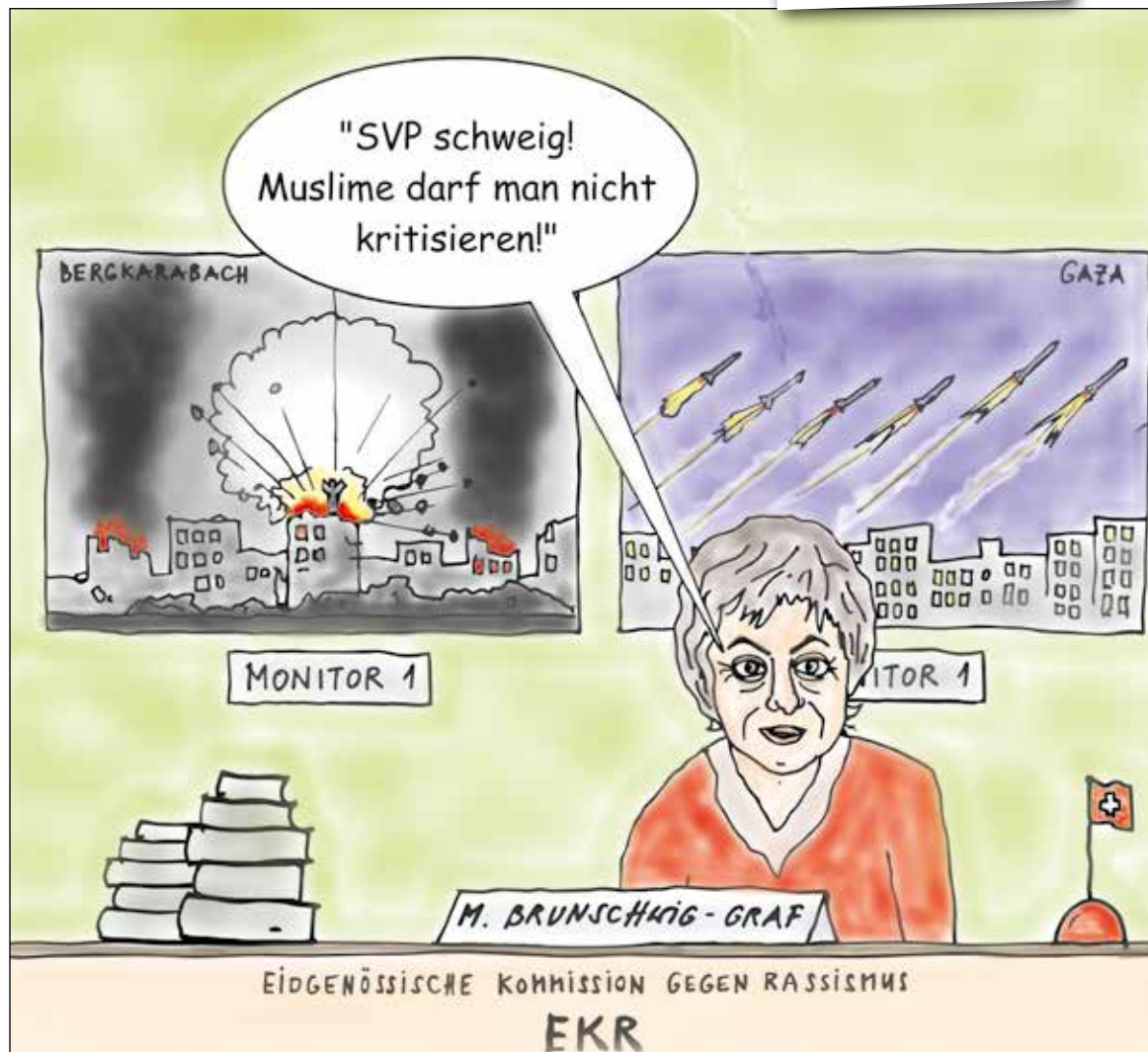
Der Ersatz von Öl- und Gasheizungen durch Wärmepumpen, die Digitalisierung und der Ersatz von Benzin- durch Elektroautos verursachen einen höheren Stromverbrauch. Die Eidgenössische Materialprüfungsanstalt EMPA zeigte auf, dass bis 2050 ca. vierzig Terawattstunden (TWh) neue Stromproduktion geschaffen werden müsste. Das entspricht siebzig des gesamten Schweizer Stromverbrauchs im Jahr 2022 (57 TWh). Dies, obwohl die Schweiz bereits jetzt von einer Mangelage bedroht ist. Zudem wird einer der wichtigsten

Gründe für den steigenden Stromverbrauch vom Bund und links-grünen Parteien bewusst kleingeredet: Die Bevölkerungsexplosion aufgrund der unkontrollierten Zuwanderung (siehe Grafik 1). Praktisch sämtliche Probleme in diesem Land haben mit der masslosen Zuwanderung zu tun. Alleine im letzten Jahr wanderten rund 180'000 Menschen in die Schweiz ein, was der Einwohnerzahl der Stadt Basel entspricht. Diese Zugewanderten benötigen eine Siedlungsfläche von fast 10'000 Fussballfeldern. Es bedeutet 97'000 mehr Autos auf den Strassen, 82'000 Wohnungen, 800 Spitalbetten,

Fortsetzung auf Seite 5

Die Logik der EKR

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl





Das Büro Ha deckt auf!

Das grüne Parteiprogramm. Das wollen die Grünen in ihrem Parteiprogramm (Auszug 1): Schaffung eines europaweiten Einwanderungsrechtes, basierend auf dem «Global Compact for migration». Grosszügiges Ausweiten des UNHCR-Resettlement-Programmes auf ganz Europa. «Schiffsrettung» und Flüchtlingsorganisationen, die Schlepperdienste anbieten, sollen nicht kriminalisiert werden. Die Einstufung von Staaten als sichere Dritt- oder Herkunftsländer soll abgeschafft werden. Für Bewohner vom Klimawandel betroffener Inselstaaten sollen Klimapässe ausgegeben werden (für den ungehinderten Einmarsch in Europa); Verbrennerverbot ab 2030; Preisvorgaben im Einzelhandel, um Preisdumping zu verhindern (also die Vorgabe eines «Planpreises» wie zu DDR-Zeiten), sowie Einführung des «Gender Budgeting».

*

Tim Guldemann. Der Cüpli-Sozialist gibt in der NZZ wieder einmal seine unerschöpflichen Weisheiten zum Besten. Die «Netten» vom FDP/GLP-Parteiorgan stellen dem Moralisten und Staatsprofiteur eine ganze Seite für seine «Belehrungen» zur Verfügung. Titel des Artikels: «Ab wann ist Neutralität unanständig». Auf seine Verirrungen können wir verzichten. Der Unanständige soll dort bleiben, wo er ist. Im Müll von Berlin.

Tis Hagmann

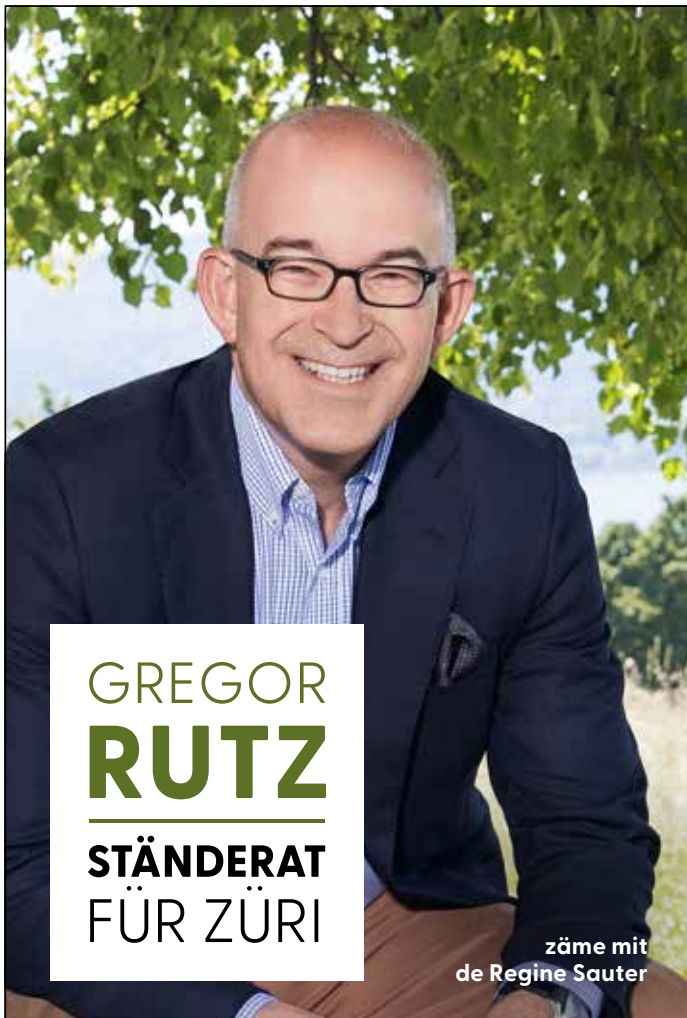
Churz & Bündig

Wir Christen in Westeuropa sind derzeit wieder einmal gut genug, für Erdbebenopfer in Taliban-Afghanistan grosszügig zu spenden. Wo bleibt derweil die muslimische Bruderhilfe? Unterbleibt sie, weil der Feldzug gegen Christen in Berg-Karabach und der islamische Terrorangriff auf die Juden in Israel Priorität geniessen gegenüber einem Opfer zugunsten von Glaubensbrüdern, die von einer Naturkatastrophe heimgesucht worden sind?

*

Monatelang beschwichtigten hiesige Eintopf-Medien, es fehle jeglicher Nachweis, wonach die dubiosen Machenschaften des Hunter Biden in der Ukraine zur Zeit der Vizepräsidentschaft Joe Bidens in der Administration Obama auch den jetzigen US-Präsidenten ins Zwielflicht bringen könnten. Doch plötzlich spricht die NZZ in einem Leitartikel des Chefredaktors von der «Mär» des «untadeligen Joe» und breitet dann aus, dass auch frühere Präsidentenfamilien durch einzelne «schwarze Schafe» arg belastet worden seien. Wird da sachte darauf eingeschwenkt, dass die von Republikanern formulierten Anklagen gegen Joe Biden doch auf ernstzunehmendem Fundament stehen könnten?

us



GREGOR
RUTZ
STÄNDERAT
FÜR ZÜRICH

zäme mit
de Regine Sauter

«Mit Gregor Rutz stellt sich ein Gewerbler und Unternehmer für den Ständerat zur Verfügung. Er bringt nicht nur grosse politische Erfahrung mit, sondern weiss auch, wie die Wirtschaft funktioniert. Seine Wahl wäre ein Glücksfall für den Wirtschaftsstandort Zürich!»

Ernst Stocker
Regierungsrat /
Finanzdirektor

22. Okt.:
Gönd go
wähle!

Komitee «Gregor Rutz – Ständerat für Züri» –

Postfach 470 – 8702 Zollikon – rutz-fuer-zueri.ch

Co-Präsidium: Matthias Baumberger, alt Gemeinderat Mitte – Linda Camenisch, Kantonsrätin FDP – Rita Fuhrer, alt Regierungsrätin SVP – Dr. Andreas Honegger, alt Kantonsrat FDP – Filippo Leutenegger, Stadtrat FDP – Ueli Maurer, alt Bundesrat – Natalie Rickli, Regierungsrätin SVP – Marianne Zambotti-Hauser, Präsidentin Gewerbeverband Bezirk Meilen



rund 4'700 Pfleger sowie 800 zusätzliche Ärzte. Und eben auch ca. 1,2 Terawattstunden mehr Strom.

Grün-linke Ignoranz

Gerade links-grüne Kreise verdrängen die Fakten in der Energiepolitik. Sie ignorieren, dass aufgrund des Bevölkerungswachstums seit 2001 jährlich mehr als 8TWh Strom verbraucht werden. Das heisst, das Kernkraftwerk Gösgen deckt also gerade mal den Stromverbrauch der letzten 20 Jahre Nettozuwanderung. Obwohl der Pro-Kopf-Verbrauch seit 2001 um 13 % reduziert wurde, stieg der Gesamtverbrauch der Schweiz um 6 %. Sämtliche Sparbemühungen der Bürger werden also durch die Bevölkerungsexplosion zunichte gemacht. Auch eine Betrachtung der Sektoren verdeutlicht die dramatischen Auswirkungen der Zuwanderung: Während Industrie (-5,7 %) und Landwirtschaft (-6,4 %) seit 2001 Strom gespart haben, stieg der Verbrauch des Haushaltssektors um 20,6 %, was ihn aufgrund der masslosen Zuwanderung seit 2014 zum grössten Stromverbraucher macht (siehe Grafik 2).

Dass die gleichen Kreise von einer technologieoffenen Debatte, die auch den Ersatz von Kernkraftwerken beinhalten sollte, nichts wissen wollen, ist bezeichnend für ihre weltfremde Politik.

Nachhaltigkeitsinitiative als Lösung

Um auch in Zukunft die Stromsicherheit zu gewährleisten, muss der Elefant im Raum angesprochen werden: Das Bevölkerungswachstum aufgrund der masslosen Zuwanderung. Die SVP ist die einzige Partei, die nicht bloss Symptombekämpfung macht, sondern das Problem an der Wurzel bekämpft. Die SVP will die Lebensqualität erhalten, sodass auch unsere Kinder und Grosskinder in einer lebenswerten Schweiz aufwachsen dürfen. Aus diesem Grund hat die SVP die Nachhaltigkeitsinitiative lanciert, um eine 10-Millionen-Schweiz zu verhindern. Denn auch die kommenden Generationen haben es verdient, sich eine Wohnung leisten zu können, eine unverbaute Schweiz mit ihrer schönen Natur und ihrer Biodiversität zu erleben und genügend Lebensmittel aus lokaler, frischer Produktion geniessen zu dürfen.

Mike Egger

Ihr Inserat in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico

Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
Pro Schweiz-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied
PIKOM-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

Journaille



Mit sichtlichem Wohlgefallen kommentieren die Blätter der Tages-Anzeiger-Gruppe die scharfe Kritik der Antirassismus-Kommission an die Adresse der SVP. Denn diese lässt derzeit in alarmierend rascher Folge Kurzinformationen erscheinen mit sorgfältig dokumentierten Einzelfällen aus der nicht abreisenden Kette schwerster, von Ausländern ausgehender Gewalttaten. Gegen derartige «Grenzüberschreitungen» sei entschieden anzutreten, meint der Tages-Anzeiger; auch für die SVP gelte «Freiheit nicht grenzenlos».

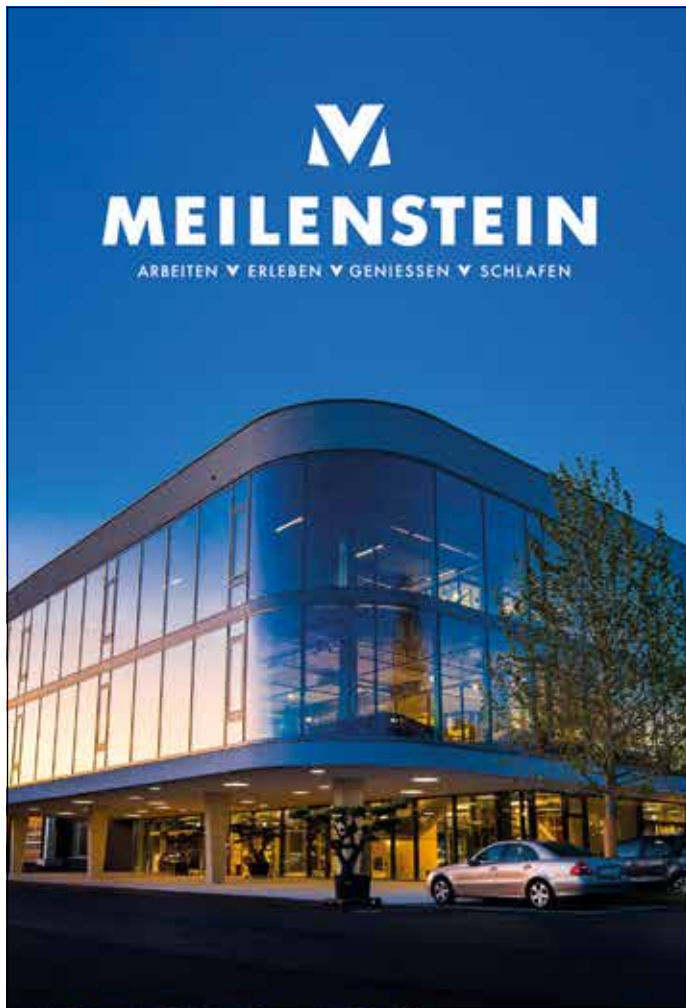
So schreibt jene Journaille, der bis heute gar nichts eingefallen ist zur Tatsache, dass in der Schweiz ein zum Verfassungsauftrag gewordener Volksentscheid (die Absage an die Masseneinwanderung am 9. Februar 2014) von Mitte-Links-Mehrheiten in Bundesrat und Parlament schlicht und einfach missachtet und nicht umgesetzt wird – seit über neun Jahren! Obrigkeitlicher Verfassungsbruch wird stillschweigend hingenommen. Wer auf schlimmste Folgen der Nichtumsetzung dieses Verfassungsauftrags hinweist, dem will der Tages-Anzeiger dagegen den Mund bzw. die Feder verbieten.

Wie nur kommt ein von tatsächengerechter Information und deren freier Kommentierung lebender Journalist dazu, der Freiheit auf Meinungsäusserung einen Maulkorb verpassen zu wollen – wenigstens dann, wenn er damit der Obrigkeit glaubt dienen zu können?

Die einem Krebsübel vergleichbar den Schweizer Journalismus lähmende Krankheit wird in solcher Äusserung sichtbar: Der Journalist (er kann auch weiblichen Geschlechts sein) weiss natürlich, dass Eintopf für den Journalismus tödlich ist. Was immer er äussert, sucht er zwangsläufig Tag für Tag auch eine Ersatzanstellung zur Sicherung seiner persönlichen Existenz angesichts stattfindendem Krebsgang der Eintopf-Medien. Wenn Redaktionen (wie derzeit im Haus Tages-Anzeiger) immer weiter ausgedünnt werden, winkt Schreiberlingen gut salariertere Zukunft fast nur in einer der unzähligen Pressestellen in der Bundesberner Funktionärsbürokratie. Was immer es zu berichten gibt – mit der tonangebenden Bürokratie darf man es auf keinen Fall je verderben. So buhlen Exponenten der langsam, aber stetig sterbenden Eintopf-Medien für sich selbst um offene Türen in Bundesbern – wohl wissend, dass Abweichler von der Bürokratie-Huldigung seitens dieser Bürokratie nie Gnade erfahren.

Ulrich Schluer

Spalte
rechts



MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN

➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

27. März 2025 – der nächste Weltuntergang

Apokalypse

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld TG

Die Klimasekten-Aktivisten sagen, die Welt werde am 27. März 2025 untergehen. Doch liebe Leser, bleibt gelassen, hört auf die Schweizerzeit-Prophezeiung am Ende des Artikels!



Michael Miersch, ein deutscher Publizist, veröffentlicht regelmässig apokalyptische Voraussagen, die natürlich nie eingetroffen sind. Die Schweizerzeit hat einige herausgepickt und einige neue gefunden.

«Erdöl [gibt es] nur noch für wenige Jahrzehnte. Die verschiedenen Schätzungen der Vorräte ergeben kein übereinstimmendes Bild, aber dass die vereinigten Staaten in höchstens 20 Jahren kein Öl mehr haben werden, steht fest.»

Anton Zischka in «Ölkrig», Leipzig 1939

«Luftverschmutzung könnte die globale Temperatur um mehr als drei Grad sinken lassen... ausreichend, um eine Eiszeit auszulösen.»

Stephen Schneider, Klimaforscher, in «Science», 1971 (später sagte Schneider eine katastrophale globale Erwärmung voraus)

French Open am 6. Juni 2022. Auf dem T-Shirt steht: «We have 1028 Days left». Weltuntergang wäre demnach am 27. März 2025. Quelle: Zanetti, Weltwoche

«Der Menschheit droht unter anderem von der Kombination des Sauerstoffverbrauchs der Düsenflugzeuge mit den ins Meer geschwemmten Pestiziden, die dort die Produktivität des Phytoplanktons vermindern, allmählicher Erstickungstod.»

Wolfgang Harich, DDR-Philosoph, 1975

«Es ist nicht fünf vor zwölf. Sondern es ist längst zwölf Uhr gewesen. Die Sturzfahrt ist in den freien Fall übergegangen.»

Moritz Leuenberger, Schweizer Nationalrat (SP), 1984, zum angeblichen Waldsterben

«Ein leitender Umweltbeamter der UN sagt, bis zum Jahr 2000 würden durch den steigenden Meeresspiegel ganze Nationen von der Erde verschwinden, wenn der Trend zur globalen Erwärmung nicht umgekehrt wird.»

Associated Press», 30.06.1989

»Der Storch wird nach Ansicht von Fachleuten in Deutschland die Jahrtausendwende nicht überleben.«

Der Spiegel Nr. 2/1994

«Schnee ist jetzt nur noch ein Phänomen der Vergangenheit ... Kinder werden nicht mehr wissen was Schnee ist.»

THE INDEPENDENT, 22.3.2000

«Die gesamte nordpolare Eiskappe könnte in fünf Jahren vollständig verschwunden sein.»

Al Gore, 2008

«Ein Top-Klimawissenschaftler warnt, der Klimawandel werde die gesamte Menschheit auslöschen, wenn wir nicht innert fünf Jahren auf fossile Brennstoffe verzichten.»

Greta Thunberg, 2018

«Damit die Erdtemperatur nicht ausser Kontrolle gerät, darf die Welt in der zweiten Jahrhunderthälfte fast keine fossilen Treibstoffe mehr verbrennen.»

Positionspapier der SP, 2020

Fazit: Schon seit es Menschen gibt, wurde ihnen der Untergang der Welt angekündigt. Bisher ist das noch nicht eingetreten. Die Schweizerzeit prophezeit ihren Lesern daher, dass sich die Welt auch am 27. März 2025 weiterdrehen wird.

Hermann Lei

Engagiert für Landwirtschaft,
Ernährung & Umwelt.

Martin Haab
2x auf ihre Liste

martinhaab.ch

Die Stimme der Schweiz

Auf dass sämtliche Staaten der Welt sich jederzeit bewusst sind, dass die Schweiz ein neutrales Land ist und bleibt, müsste der Bundesrat die derzeit unser Land im Uno-Sicherheitsrat vertretende Schweizer Botschafterin verbindlich verpflichten, zu jedem ihrer dort zahllos abgegebenen Voten den Standpunkt der Schweiz wie folgt zum Ausdruck zu bringen:

«Im übrigen tritt die völkerrechtlich als immerwährend und bewaffnet neutral anerkannte Schweiz mit Wort und Tat nachdrücklich dafür ein, dass Konflikte zwischen Staaten ausschliesslich am Verhandlungstisch ausgetragen werden – ohne dass dafür Tausende in Tod und Verderben geschickt und Zehntausende um ihr Hab und Gut gebracht werden.»

Die Schweizerzeit wird diesen Satz so lange wiederholen,
bis der Bundesrat seine Pflicht tut.

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Wieder
in den
Nationalrat



- Keine 10-Millionen-Schweiz
- Für den Erhalt der Unabhängigkeit und direkten Demokratie
- Für eine sichere Schweiz
- Für eine gesunde Wirtschaft

Thomas
MATTER

Gregor Rutz in den Ständerat!

thomasmatter.ch

Liste 1



Baume-Schneider muss endlich handeln

EU-höriges Staatssekretariat für Migration

von Alfred Heer, Unternehmer, Nationalrat, Zürich

Die Asylzahlen explodieren, dennoch wird die illegale Zuwanderung toleriert. Zusätzlich haben wir rund 70'000 ukrainische Staatsangehörige aufgenommen, welche mittlerweile Kosten von fast zwei Milliarden verursachen.

Und was macht das Staatssekretariat für Migration (SEM) unter der Ägide von Bundesrätin Baume-Schneider? Gar nichts. Obwohl die EU nicht fähig ist, ihre Aussengrenzen zu schützen, macht die Schweiz immer noch bei Schengen/Dublin mit. Mehrheitlich kommen junge Männer, viele davon sind kriminell. Mittlerweile gibt es in Schweizer Agglomerationsgebieten Bereiche, welche man meiden muss, weil man seines Lebens nicht mehr sicher ist.

Schraube anziehen, Schutzstatus aufheben

Bei den ukrainischen Kriegsflüchtlingen mit dem Schutzstatus S sieht es nicht viel besser aus. Obwohl sie arbeiten dürfen, sind weniger als zwanzig Prozent der Arbeitsfähigen arbeitstätig. Der «Rest» lebt von der Sozialhilfe. Die EU hat den Schutzstatus S bis Ende Februar 2025 verlängert. Und was tut der Bundesrat? Er schwafelt die EU-Bestimmungen nach, anstatt die Schraube anzuziehen und den Schutzstatus aufzuheben. Wer arbeiten kann und nicht arbeitet, soll in die Ukraine zurückkehren.

Diese ist rund zehnmal grösser als die Schweiz, und in grossen Teilen herrscht kein Krieg.

Grenzen schützen

Die Schweizer Grenzen sind zu schützen. Der Bundesrat hat bei Covid 19 bewiesen, dass er dies kann. Damals hat er die Grenzen effektiv geschützt und jeden Schweizer, welcher seine Verwandten im grenznahen Ausland besuchte oder einen Einkauf tätigte, rigoros gebüsst. Der Notstand im Asylwesen ist nicht mehr verantwortbar. Die Kosten für Gesundheit und Fürsorge gehen in die Milliarden, die Gemeinden haben keinen Platz, und die Kleinkriminalität grassiert.

Wählen Sie am 22. Oktober SVP! Nur mit einer starken SVP können der Bundesrat und insbesondere die Schönrednerin Baume-Schneider gezwungen werden, die Grenzen zu schützen und das Asylrecht inklusive Ausschaffungen endlich durchzusetzen.

Alfred Heer

Für eine sichere,
freie und unab-
hängige Schweiz!

2 x
auf Ihre
Liste



In den Ständerat:

Gregor Rutz

zusammen mit Regine Sauter



Wieder in den Nationalrat

Alfred Heer

erfahren – kompetent – hartnäckig

Zürcher Volksinitiative



**Stopp Prämien-
Schock:**

Für eine automatische
Entlastung bei den
Krankenkassenprämien

**Wer tiefere Krankenkassenprämien will, wählt im Kanton Zürich
Paul Mayer und Stefan Schmid in den Nationalrat!**



**Wichtig:
Paul Mayer und
Stefan Schmid
müssen je
2x auf Ihrer Liste
für den Nationalrat
stehen!**



Stefan
Schmid

Paul
Mayer

In den Nationalrat

Sie spüren es sicher auch: **die Krankenkassenprämien steigen und steigen.** Deshalb haben Paul Mayer und Stefan Schmid zusammen mit einem überparteilichen Komitee die **Volksinitiative «Stopp Prämien-Schock»** ins Leben gerufen. Der Lösungsansatz ist einfach und wirkungsvoll: **Steigen die Krankenkassenprämien, steigt im gleichen Umfang auch der Steuerabzug.**

Unterschriftenbogen bestellen: Mittelstand-entlasten.ch



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



Drei Forderungen an die Energieversorgung

Sauber, sicher und bezahlbar!

von Stefan Schmid, Projektleiter Informatik, Gemeindepräsident und Kantonsrat, Niederglatt ZH

Erinnern Sie sich an den «Segeltörn» der Klimaaktivistin Greta Thunberg zur Weltklimakonferenz im Jahr 2019? Dieser stand beispielhaft für den Irrsinn, welcher durch die Klima-Hysteriker geschürt wird.



Damit Greta «klimaneutral» nach New York segeln konnte, scharte sie für die Hin- und Rückfahrt je eine stattliche Crew um sich, welche von und nach New York selbstverständlich mit dem Flugzeug reiste. Vergleichbar konzeptlos wirkt auch die Schweizer Energiestrategie der Alt-Bundesrätinnen Leuthard (CVP) und Sommaruga (SP).

Bereits zwei Jahre vor Thunbergs Segeltörn stimmte die Schweizer Stimbevölkerung über das revidierte Energiegesetz ab. Diese Revision sah vor, dass die Kernkraft keine Rolle mehr in der Zukunft der Energieversorgung der Schweiz spielen solle. Was den Bürgern und Bürgerinnen 2017 vielleicht nicht bewusst war: Einerseits ist der Strommix der Schweiz bereits relativ CO₂-arm, und andererseits beruht die Energiestrategie 2050 auf zahlreichen Annahmen und nicht verfügbaren Technologien und Netzwerken. Beispiele sind: Speichertechnologien, welche noch viel Entwicklung brauchen; ein Stromnetz, welches auf dezentrale Stromerzeugung angepasst werden muss; oder die mangelnde Verfügbarkeit der PV-Panels, wenn diese von zahlreichen Ländern gleichzeitig beschafft werden.

Von der damaligen Regierung hätte man erwartet dürfen, dass sie um diese Risiken wusste. Es gab diverse Nationen, welche exakt diese Aspekte bedacht hatten

und zu klaren Schlüssen gekommen sind. Alle Länder, welche zum Zeitpunkt von Fukushima für die Zukunft auf Kernkraftwerke setzten, haben nach Fukushima ihre Energiestrategie überprüft und halten an ihren Strategien fest. Diverse Länder haben gar entschieden, in die Kernenergie einzusteigen. Zurecht, wie die aktuelle Entwicklung an den Energiemärkten im Kontext von neuen kriegerischen Handlungen zeigt. Die Preise sind dort stabil, wo auf genügend Eigenversorgung und wenig Auslandabhängigkeit gesetzt wird.

Auch in Bezug auf das CO₂ hatte die Schweiz – neben dem Eigenversorgungsgrad – eine hervorragende Ausgangslage. Der Schweizer Strommix ist im weltweiten Vergleich rekordverdächtig klimaschonend. Dies dank der Kombination von Kernenergie und Wasserkraft, welche im vergangenen Jahr 91,5 Prozent des Schweizer Energiebedarfs deckten. Pro Kilowattstunde (kWh) Schweizer Strom fallen laut dem Bundesamt für Umwelt (Bafu) knapp 30g CO₂ an. Laut einer Studie des Bafu generiert demgegenüber die Photovoltaik 81 g CO₂. Auch Biogasreaktoren stossen deutlich mehr Treibhausgase aus.

Um die wegfallenden 24 Terawattstunden (TWh) Kernenergie zu kompensieren, ist bis ins Jahr 2035 der Zubau von 7,8 TWh erneuerbaren Energien geplant. Die Konsequenz: Mehr CO₂-Ausstoss durch graue Energie, weniger Versorgungssicherheit, höhere Preise.

Es bleibt also zu hoffen, dass die SVP bei den kommenden nationalen Wahlen gestärkt wird, zumal sie immer vor diesen schädlichen Entwicklungen in der Energieversorgung gewarnt hat.

Stefan Schmid



INNOVA Sicherheitstechnik Schweiz AG
Lindenhofstrasse 8a
9630 Wattwil
+41 71 988 22 00
info@innova-sicherheitstechnik.ch

Krisenvorsorge | Notvorrat | Trinkwasser | Technik



Wir beraten Sie gerne persönlich und diskret!



WWW.INNOVA-SICHERHEITSTECHNIK.CH

Leserbriefe

«Unser Milizsystem funktioniert noch immer» – wirklich? Brigadier Markus Rihs hat kürzlich in der ASMZ (Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift) die im Titel erwähnte Behauptung gemacht, der ich entschieden widersprechen muss. Zunächst: Was heisst «Milizsystem»? Für die «professionelle Führung ab Bern» bedeutet dies offenbar die Zurverfügungstellung von genügend Fussvolk, und damit basta. «Miliz» ist aber wesentlich vielschichtiger. Es gibt dazu zwei Gutachten: Jenes von Prof. Dr. Dietrich Schindler vom 14. April 1999, und das zweite von Prof. Dr. Rainer I. Schweizer vom 23. August 2010. Beide betonen, dass die Truppe durch Milizoffiziere geführt werden müsse – es sei denn, die Führungsaufgabe sei derart komplex, dass sie nur durch professionelle erbracht werden könne. Ich war bis zum Grad des Brigadiers Milizoffizier und war nie mit einer Führungs-Aufgabe konfrontiert, die ich nicht hätte meistern können.

Mit dem Verzicht auf die Führung der Armee durch Milizkader ist auch die Verankerung der Armee in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik massiv geschwunden. Es gibt kaum mehr Manager und Politiker, die ein militärisches Führungsmandat ausüben.

Auch die aktuelle Durchlöcherung der Wehrpflicht ist in höchstem Masse milizschädlich. Schindler schreibt dazu: «Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Dienstleistungen ausserhalb der Armee ist ausgeschlossen» (Art.59 Abs.1 BV). Das geschieht aber noch und noch. Die Verfassung wird heute willkürlich verletzt. Die Politik tut nichts, um die Einhaltung der Wehrpflicht durchzusetzen. Wir haben notabene auch eine Steuerpflicht, und da gibt es auch keine Wahl, ob man sie erfüllen will oder nicht. Ich bitte den Herrn Brigadier, die Verfassung und die beiden Gutachten zu lesen und sich dann ein darüber Urteil zu bilden, wie «gut» das Milizsystem noch funktioniert.

Simon Kuchler, Korpskommandant aD, Steinen SZ

Geregelte Zuwanderung – tiefere Strompreise

Automobilisten mit Diesel- und Benzin-Fahrzeugen zahlen via Treibstoffzollzuschlag massiv an den Unterhalt der Strassen, auf denen immer mehr Elektro-Autos unterwegs sind. Noch mehr und noch längere Staus sind die Folge. Die Fahrzeuglenker mit herkömmlichen Verbrennungsmotoren subventionieren somit die Akku-Fahrzeuge. Das ist nicht korrekt, denn als Kleinkunde kann ich meinen Stromlieferanten nicht selber wählen. Auch haben im Hinblick auf die Zunahme von Elektro-Fahrzeuge sehr viele Stromanbieter zu viel teuren Strom eingekauft, den sie nun auf die Kundschaft abwälzen wollen. Als logische Folge der uneingeschränkten Zuwanderung wurde nun ein Weiterausbau der Nationalstrassen beschlossen; dagegen wurde das Referendum ergriffen, und zwar genau von Rot-Grün, welche für den Mehrverkehr auf unseren Strassen hauptsächlich verantwortlich sind. Ihre Widersprüchlichkeit wenn nicht gar Verlogenheit ist offenkundig. Klimaschutz ist wichtig – geht aber nur mit einer massiven Reduktion der Zuwanderung. Wählen Sie darum SVP!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Schweizer KFOR-Truppen sind neutralitätsrechtlich problematisch

Schon das Peace-Keeping («Friedenserhaltung») ohne Waffeneinsatz ist neutralitätsrechtlich problematisch.



therese-schlaepfer.ch

**Keine
10-Millionen-
Schweiz**

Therese

Schläpfer

Alt-Gemeindepräsidentin Hagenbuch

**Im Kanton Zürich wieder
in den Nationalrat**

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1  **SCHWEIZER
QUALITÄT**
Die Partei des Mittelstandes

**Sichere Zukunft für
Gewerbe und Mittelstand**

KMU
geprüft
KGV

**Wieder in den
Nationalrat**
Am 22. Oktober 2023

**2X auf
ihre Liste!**

**Bruno
Walliser** **bisher**

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

brunowalliser.ch **Liste 1**  **SCHWEIZER
QUALITÄT**
Die Partei des Mittelstandes

Richter und Auftraggeber



Gegner des Schweizer Gerichtsystems haben Grund zur Häme, denn was sich im judikativen Segment abspielt ist zuweilen von kafkaesker Dimension.

Jüngst entschied ein Genfer Gericht, dass Erwin Sperisen, ein schweizerisch-guatemalteckischer Doppelbürger, nach elfjähriger Haft die Berner Justizvollzugsanstalt Witzwil trotz fehlendem Urteil verlassen darf. Erst als der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) eingriff, hat sich die Schweizer Justiz zu einem Freispruch bequemt – nach elf Jahren Haft ohne rechtskräftiges Urteil. Doch nach Gegenbeschwerde der Staatsanwaltschaft wurde er anderntags erneut inhaftiert. Schweizer Gerichtsalltag!

Schweizer Richter verdienen in oberen Lohnklassen an die 300'000 Franken p. a., teilen sich ihre Arbeitslast nach Eigenermessen ein und müssen sich selbst bei groben Schnitzern kaum mal verantworten.

So im folgenden authentischen Fall: Ein Deutscher, einstiger Angestellter der Waffenschmiede Heckler & Koch, erkennt bei Reisen im Orient den dortigen Dauerbedarf an Waffen infolge ständiger Konflikte. Also deckt er sich im EU-Raum mit Kriegsgerät ein, mit allem, was zwecks Bedarfsdeckung anfällt.

Zudem kann es rasch zum Peace-Enforcement (Friedenserzwingung mit Waffeneinsatz) umschlagen, wenn der Gegner das will. De facto bedeutet das Krieg, was für Schweizer Truppen völlig neutralitätswidrig wäre. Die neuesten Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo zeigen deutlich, wie schnell die Schweizer KFOR-Truppen in eine solche Situation geraten können. Darum muss der KFOR-Einsatz endlich gestoppt werden.

Alex Schneider, Küttigen AG

Gehen Sie unbedingt wählen!

Kürzlich haben sich Tausende vor dem Bundeshaus versammelt, um für mehr Klimaschutz zu demonstrieren. Die SVP hat im Jahr 2014 die Abstimmung gegen die Massenzuwanderung gewonnen.

Und was ist passiert? Nichts! Die «Volksvertreter(innen)» von Mitte-links haben die Initiative – obwohl gültiges Verfassungsrecht – buchstäblich über den Haufen geworfen. Das Schlimmste war jedoch 2007 die Abwahl unseres besten Bundesrates aufgrund eines Komplotts. Und wie viele Asylanten haben wir jetzt in der Schweiz? Es platzt aus allen Nähten. Und was machen die Grünen? Sie kleben sich am Boden fest, damit die Automobilisten nicht mehr zur Arbeit fahren können – und danach fliegen sie nach Bali in die Ferien. Meine Antwort: Gehen Sie wählen – SVP-Liste einlegen!

Anna Järmann, Urdorf ZH



Er disloziert in die Schweiz und betreibt seinen lukrativen Waffenhandel von einer Villa aus oberhalb des Ägerisees. Er verscherbelt an ein katarisches Brüderpaar (Name bekannt, die Red.) seine «Produkte», wie er die Waffen verniedlichend im Geschäftsjargon nennt. Wer, wo, wann und warum «waffentechnisch» zu Schaden kommt, interessiert ihn nicht. Dann argwöhnt der deutsche Waffendealer, seine arabischen Geschäftspartner hätten ihn um Provisionsgelder betrogen. Er zerrt sie vors Zuger Kantonsgericht und legt dem geschockten Richter einen gewaltigen Aktenberg zur Durchforstung vor. Die Katarer handeln sogleich. Und in schierer Not drängt der Zuger Richter auf einen «Friedenkompromiss», den beide Parteien ablehnen.

Scurriles Fazit: Ein Schweizer Richter mit stattlichem Grundeinkommen (fiskalfinanziert) ackert sich samt personeller Entourage auf katarisch-deutsches Geheiss durch halbprivate Aktenberge, um dem deutschen Waffenschieber zu noch mehr Millionen zu verhelfen – respektive dem dubiosen katarischen Brüderpaar unliebsame Provisionszahlungen zu ersparen.

Gleichzeitig warten Schweizer Prozessinvolvierte sehnlichst auf ein Urteil desselben notorisch überlasteten Gerichtshofs – vergebens.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Militärische Führungskompetenz im Nationalrat



bisher

Beni
Fischer

Tobias
Weidmann



In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1





FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.



Umwelt-, eigentumsfeindlich und heuchlerisch

«Seeufer-Initiative»

von Hans-Peter Amrein, alt Kantonsrat, Küsnacht ZH



Am 3. März 2024 wird im Kanton Zürich über die von linken Kreisen lancierte und durch SP, Grüne, EVP, Teile der GLP und die Alternative Liste (AL) im Kantonsrat, sowie durch Umweltverbände unterstützte Initiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung» abgestimmt. Regierungsrat und Kantonsrat (97:74 Stimmen, 1 Enthaltung) lehnen die Initiative ab.



Die Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005 soll wie folgt geändert werden:

Art. 105a: ¹ Der Kanton sorgt dafür, dass See- und Flussufer freigehalten und der öffentliche Zugang sowie die Begehung erleichtert werden. ² Die Uferwege an Seen und Flüssen sind in der Regel an Land und möglichst nahe am Ufer zu führen. Unberührte und ökologisch wertvolle Ufer sind ungeschmälert zu erhalten. Bei

der Erstellung ist dem Natur- und Landschaftsschutz Sorge zu tragen und die Ufer sind ökologisch aufzuwerten. ³ An Flüssen ausserhalb des Siedlungsgebietes wird in der Regel nur einseitig ein Uferweg geführt.

Art. 146: ¹ Der Kanton erstellt in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden am Zürichsee bis 2050 einen durchgehenden Uferweg, soweit er auf Kantonsgebiet liegt. ² Die Finanzierung des Seeuferweges erfolgt durch den Kanton. ³ Der Kantonsrat bewilligt zu diesem Zweck nach Massgabe der Planung und des Baufortschritts periodisch einen mehrjährigen Rahmenkredit.

Der Name «Seeufer-Initiative» entspricht nicht den Tatsachen, obwohl ein durchgehender Seeuferweg gefordert wird, da auch die Ufer der Flüsse in den Initiativtext einbezogen sind. Die Hauptinitiantin, alt SP-Kantonsrätin Julia Gerber Rüegg, sagte dies TA-Interview: «Bald wird der Brüttener Tunnel gebaut, der die Töss tangiert. Unsere Initiative schützt das Tössufer vor dem Bau ebenfalls.» Neben J. Gerber Rüegg waren es vor allem bürgerliche- und eine AL-Kantonsrätin, welche in einer hochstehenden Debatte (contra: u. a. Anita Borer, Astrid Furrer, Sonja Rueff-Frenkel, Ivonne Bürgin und Dr. Marzena Kopp; pro: Judith Stofer) prägnante Voten abgaben.

Barbara Franzen, Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB), begründete die ablehnende Haltung der Kommission im Sinn des Regierungsrates: Die gesetzlichen Grundlagen für den Bau von Uferwegen seien bereits ausreichend vorhanden. Zudem treffe es nicht zu, dass der angeblich schleppende Bau des Uferwegs auf die Mitfinanzierungspflicht der Gemeinden zurückzuführen sei. Der Regierungsrat und die Mehrheit der KPB befürchteten markante Kostenfolgen im Zusammenhang mit der Enteignung und Entschädigung privater Eigentümer, falls ein durchgängiger Seeuferweg realisiert würde. Zudem sei die Beanspruchung von privatem Land ist gegen den Willen der Eigentümer nur zulässig,

wenn eine alternative Führung von Uferwegen nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand möglich wäre.

Franzen betonte, die Initiative hätte voraussichtlich Kosten von rund 500 Millionen Franken zulasten der Zürcher Steuerzahler zur Folge. Bereits heute würden gemäss Strassengesetz jährlich sechs Millionen budgetiert, und das behördenverbindliche «Leitbild Zürichsee 2050» werde auch vom Verein (Gegner eines durchgehenden Weges am Ufer des Zürichsees) anerkannt. «Derzeit sind sieben neue Teilstücke für den Zürichseeweg in Planung respektive Ausführung. 26 km sind bereits gebaut, 12,4 km verlaufen auf Trottoirs, 12,6 km sind noch zu bauen. Bei der erwähnten Kostenschätzung von 500 Millionen ergibt das 40'000 Franken pro Meter.»

Ich hoffe, dass die Zürcher Stimmbürger diese unnötige, links-fundamentalistisch geprägte, eigentumsfeindliche Initiative wuchtig ablehnen.

Hans-Peter Amrein

Sichere Zukunft in Freiheit!

2x auf Ihre Liste

bisher

Mauro Tuena

wieder in den Nationalrat

www.mauro-tuena.ch

In den Ständerat: Gregor Rutz
Zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Keine wahltaktischen Spiele, Herr Neukom!

Das strategische Warten des Zürcher Baudirektors

von Paul von Euw, Unternehmer, Kantonsrat, Bauma ZH

Im Oktober 2022 präsentierte Martin Neukom, der grüne Zürcher Baudirektor, seine Pläne zum Bau von 120 Windkraftanlagen, verteilt auf 46 Standorte über den ganzen Kanton Zürich. Geplant sei, damit einen Anteil von sieben Prozent des Zürcher Stromverbrauchs zu produzieren.



Der Bau dieser Windkraftanlagen soll mittels Richtplaneinträgen erreicht werden, was bedeutet, dass der Kantonsrat das letzte und einzige demokratische Wort hat. Die Gemeinden würden lediglich angehört, und die Mitsprache der Bevölkerung wäre nur auf dem gerichtlichen Weg verbindlich möglich. Des Weiteren stellte Baudirektor Neukom in Aussicht, den Kantonalen Richtplan mit den ent-

sprechenden Standorten im Sommer 2023 öffentlich aufzulegen.

Widerstand aus diversen Gemeinden

Zwischenzeitlich wehren sich diverse Gemeinden gegen das totalitär anmutende Vorgehen. Gemeinderäte stellen sich öffentlich gegen die «Neukom-Strategie», und auch der Widerstand aus der Bevölkerung formiert sich. In vielen Gemeinden wurden Initiativen eingereicht, welche Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und Gebäuden fordern.

Dies deshalb, weil der Baudirektor einen 300 Meter-Mindestabstand der 230 Meter hohen Windkraftanlagen als genügend erachtet und damit massive Eingriffe zur Dorf- und Wohnsituation zulassen würde.

Taktisches Schweigen des Baudirektors?

Wie geht es nun weiter? Das ist derzeit, während dem grossen Warten, die Frage. Der Sommer 2023 ist vorbei. Doch Regierungsrat und Baudirektor Martin Neukom hält sich bedeckt. Es liegt weder ein Regierungsratsbeschluss zur öffentlichen Richtplanaufgabe vor, noch wurde der Richtplan öffentlich aufgelegt. Was bedeutet das wohl? Hat der grüne Baudirektor vor den Wahlen kalte Füsse bekommen? Wurde er durch den Gesamtregierungsrat zurückgepfiffen? Möchte der Zürcher Baudirektor einfach die Wahlen abwarten, um die Talfahrt der Grünen nicht noch stärker zu fördern? Oder ist er selber zum Schluss gekommen,

dass die Rücksichtnahme auf Bevölkerung und Natur doch höher gewichtet werden muss als eine ineffiziente, teure und unsichere Stromproduktion durch Windkraftanlagen? Letzteres wird kaum der Fall sein. Martin Neukom will diese Windkraftanlagen unbedingt. Es ist aber anzunehmen, dass er kalte Füsse bekommen hat. Eine aktuelle Publikation seiner Strategie würde ein erneutes Beben in der Bevölkerung auslösen und seiner grünen Partei vor den nationalen Wahlen Schaden zufügen. Offensichtlich lautet seine «Strategie» wie folgt: Die Bevölkerung soll möglichst nicht aufgeschreckt werden, aber nach den Wahlen wird er die Windkraftanlagen mit voller Kraft vorantreiben.

Und der bürgerliche Regierungsrat?

Interessant wird es sein, welche Rolle der bürgerliche Regierungsrat in dieser Sache spielt. Der Gesamtregierungsrat muss m. E. in diesem Geschäft ohne Wenn und Aber für den Schutz der Bevölkerung und der Natur sowie für eine sichere, kostengünstige Stromversorgung eintreten.

Nein zu einem totalitären Energieregime

Es bleibt zu hoffen, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Neukom-Strategie durchschaut haben. Wir alle brauchen sicheren, zahlbaren und sauberen Strom. All diese Kriterien hat die Schweizer Stromproduktion in der Vergangenheit erfüllt, und sie muss sie weiterhin erfüllen. Ohne ein totalitäres Energieregime.

Paul von Euw

Mit genügend Energie in die Zukunft

...für Eu
...mit Eu
...von Euw

In den Nationalrat

Liste 1 SVP In dem Ständerat Gregor Nützli

www.paulvoneww.ch

Dem reichen muslimischen Staat Aserbaidschan hat es nie gefallen, in unmittelbarer Nachbarschaft einen christlichen Staat – Armenien – dulden zu müssen. Und zudem von christlichen Armeniern bewohnte Exklaven des Nachbarn im eigenen Land akzeptieren zu müssen. Solange Russland für die Sicherheit Armeniens samt seiner Exklaven garantierte, musste sich Aserbaidschan mit den Gegebenheiten abfinden – wenn auch immer nach Möglichkeiten Ausschau haltend, die verhassten Christen aus seiner unmittelbaren Umgebung zu verdrängen oder gar auszumerzen.

Gewaltorgien

Dass sich die Christen sowohl Europas als auch Amerikas nie besonders für ihre armenischen Glaubensbrüder in ihrer prekären Lage in seit Jahrhunderten wiederholt von schwerer Verfolgung heimgesuchten Gebieten glaubten kümmern zu müssen – das registrierten die in der Region übermächtigen Aserbaidschaner sehr wohl.

Indem diese christlichen Länder in den vergangenen Monaten praktisch ausnahmslos all ihre Waffenlager geleert haben, auf dass diese Waffen die Schutzmacht Armeniens in arge Bedrängnis brachten, das verfolgten die sich nie je um Moral bezüglich Angriffskrieg und Unterdrückung kümmernden Machtpolitiker zu Baku mit sie zunehmend befriedigender Aufmerksamkeit. Und dann nutzten sie – zur totalen Überraschung der Westeuropäer und Amerikaner – die ihnen günstig erscheinende Situation. Und sie schlugen erbarmungslos zu. Sie löschten – den christlichen Nachbarn an Zahl und Bewaffnung weit überlegen – innert Stunden aus, was an christlicher Kultur dort während Jahrhunderten geblüht hat. Radikal und brutal – wohl für alle Zeiten.

Andernorts erlebten die USA – mit einer Grosszahl ihrer Waffen gleichermassen in den aussichtslosen Kampf gegen Russland verstrickt – eine ähnliche Katastrophe: Die ganze Welt, inklusive Washington und Israel, gänzlich überraschend, überfiel die Hamas Israel – die USA mit ihren weitgehend geleerten Waffenarsenalen als nicht wirklich handlungsfähig beurteilend. Es geschah nicht bloss ein Angriff, ein verbrecherischer Blutfeldzug wurde Tatsache, mit Kampfmethoden, die jeglichem Kriegsvölkerrecht demonstrativ spotteten

– brutal und terroristisch, allein auf die Zivilbevölkerung zielend.

Den USA verblieb ebenso wie den christlichen Staaten Europas die Rolle des ohnmächtigen Zuschauers – gegenüber den Vernichtungsfeldzügen gegen Christen im Vorderen Orient und gegen Juden in Nahost.

*

In jeder Beziehung Unverständliches aber ging von der Schweiz aus. Während im Namen des Islams hemmungsloser Gewalt weitab von Kriegsvölkerrecht Bahn gebrochen wird, eröffnet die hiesige Antirassismus-Kommission, präsidiert von einer Jüdin, mithilfe der ihr aus den Händen fressenden Medien den Kampf gegen jene Schweizer Partei, die zeigt, wie unkontrollierte Masseneinwanderung auch schwere Gewalt in unser Land trägt – nicht nur, aber insgesamt viel zu stark muslimisch geprägt. Die Antirassismus-Kommission, lautstark unterstützt aus der Gilde der Nichtsnutz-Journalisten, will den Warnern vor muslimischer Gewalt hier den Mund verbieten, während ein muslimischer Staat und eine muslimische Terror-Organisation ihre blutriefende Gewalttätigkeit an Juden und Christen abreagiert.

*

Schweizerland – erwache! Präsentier denen, die unsere Freiheit zugunsten von Gewalttätern mittels Zensur abwürgen wollen, am 22. Oktober die ihnen gebührende Quittung!

Ulrich Schlüer

Akzent



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Ihre Stimme in Bern!



Nina Wahlen am 22. Oktober

Fehr Düsel

In den Nationalrat

ninafehrdusel.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

2x auf Ihre Liste



Einsatz für die Versorgungsgrundlagen

Eine absolute Notwendigkeit

von Daniel Wäfler, Kantonsrat, Präsident der Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit, Gossau ZH

Wenn zwei Ereignisse zur selben Zeit geschehen, können sie sich beeinflussen und plötzlich eine andere Bedeutung erhalten. So geschehen mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine und den Plänen des Zürcher Regierungsrates aus den 90er Jahren, 1'300 Hektaren Kulturland wieder versumpfen zu lassen.

Zumindest die bäuerliche Bevölkerung war sich des Wertes des Kulturlandes und der produzierenden Landwirtschaft immer voll bewusst, doch in der Konsumgesellschaft verlor die Notwendigkeit der eigenen Inlandproduktion zunehmend an Boden. Spätestens die Pandemie zeigte aber der Bevölkerung, wie wichtig die Hofläden mit ihren regionalen Produkten sind – und die heimische Landwirtschaft bekam wieder einen höheren Stellenwert. Dann folgte, wie erwähnt, mit dem Ukrainekrieg sogleich ein weiterer Einschnitt für die Konsumgesellschaft. Und erneut zeigte sich, wie wichtig eine gewisse Versorgungsautonomie ist.

Die Pläne des Zürcher Regierungsrates aus dem Jahr 1995, welche die Natur teilweise wieder in die Zeit vor den grossen Meliorationen ins Jahr 1850 zurückführen wollten, haben nun sicherlich den vollen Support des grünen Baudirektors, der diese Pläne nun auch

umsetzen will. Aber auf der anderen Seite stehen nun die 9-Millionen-Schweiz und ein in den 90er Jahren für die Politik undenkbarer Krieg in Europa.

Weder beim Bevölkerungswachstum noch beim Krieg ist absehbar, wo wir in zehn Jahren stehen werden. Der Einsatz für unsere Flora und Fauna ist schön und gut, aber die Bedürfnisse der Menschen werden weiterhin da sein und eher noch wachsen. Daher gilt es, die Pläne der Realität anzupassen und eine qualitativ effektive Naturförderung zu betreiben, welche unsere Versorgungsgrundlagen nicht noch zusätzlich schwächt. Eine unumkehrbare Ausserbetriebnahme von Kulturland ist daher völlig realitätsfremd und muss, analog den militärischen Infrastrukturen, einer erneuten politischen Überprüfung unterzogen werden. Im Zürcher Kantonsrat sind derzeit zwei Parlamentarische Initiativen in der zuständigen

Daniel Wäfler in den Nationalrat

www.daniel-waefler.ch

Verantwortung übernehmen - Für eine sichere Zukunft in Freiheit

Dafür stehe ich ein:

- für einen starken Wirtschaftsstandort Schweiz
- für eine produzierende und nachhaltige Landwirtschaft
- für eine kontrollierte Zuwanderung der nötigen Fachkräfte
- für eine sichere und unabhängige Schweiz mit einer glaubwürdigen Armee
- für den Erhalt unserer bewährten Schweizer Werte

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1



**2 x
auf Ihre
Liste**



Kommission in Beratung, welche die Naturförderung ohne Verlust von Fruchtfolgefleichen ermöglichen wollen. Ein Versumpfenlassen oder die Abhumusierung von wertvollen Ackerböden ist zu vermeiden und in der heutigen Zeit schlicht verwerflich. Doch der Kampf für die Versorgungsgrundlagen muss vor allem in Bundesbern zugunsten der Vernunft entschieden werden. Daher sind die kommenden Wahlen derart wichtig für die Landesversorgung und die Landesverteidigung.

Daniel Wäfler

«Das aktuelle Zitat»

Muammar Gaddafis Prophezeiung

Der libysche Diktator hat im Jahre 2011, kurz vor seinem Sturz, die folgenden visionären Worte vor der Uno in New York gesprochen: «Ihr solltet mich recht verstehen, ihr Leute der westlichen Hemisphäre und ihr in Europa. Wenn ihr mich bedrängt und destabilisieren wollt, werdet ihr im afrikanisch-nördlichen Raum Verwirrung stiften, dem östlichen Terror in die Hände spielen und bewaffnete Rebellenhaufen begünstigen. Folgendes wird sich ereignen: Ihr werdet von einer Immigrationswelle aus Afrika überschwemmt werden, die von Libyen aus übers Mittelmeer nach Europa überschwappt. Und es wird dann nach meinem Sturz, den ihr vorantreibt, niemand mehr da sein, um sie aufzuhalten.»

Churz & Bündig

Mittagsnachrichten bei SRF 1 am 1. Oktober 2023. Genau um 12.34 Uhr fällt folgender, auf die Slowakei-Wahlen gemünzter Satz: «Die Europäische Union hätte es neben dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit einem weiteren russlandfreundlichen Querschläger zu tun.» Wer ist dafür verantwortlich, dass solch niederträchtige Voraus-Diffamierung in der eigentlich auf «objektive Berichterstattung» verpflichteten Nachrichtensendung überhaupt geäussert werden darf? Was sagt jene Instanz des Bundes, die dem gebührenfinanzierten Sender die Konzession erteilt hat? – Und ihm weiter erteilt?

*

Das in massiver Prämiexplosion sichtbar werdende Desaster hiesiger Krankenversicherung könne wohl – meinen weite Kreise der Öffentlichkeit – auch als Leistungsausweis des demnächst abtretenden Gesundheitsministers Alain Berset (SP) gewertet werden. Dieser, zur Rede gestellt, versinkt in beredtes Schweigen – und entflieht der Schweiz, um sich an irgend einer Gipfelkonferenz unter Seinesgleichen zu mischen. Aber sicher auch, um sich dort persönlich für eine ihm angemessene Spitzenposition angemessen in Szene zu setzen. Ganz nach dem Motto: Nichtsköner sucht Anschluss bei Nichtskönern.

us

Für eine
sichere Zukunft
in Freiheit!

2x
auf Ihre
Liste

Am 22. Oktober:



In den Ständerat:
Gregor Rutz

zusammen mit Regine Sauter



In den Nationalrat



Anita Borer
Domenik «Lädi» Ledergerber



swiss-classic-car.ch



Industriestrasse 10 | 8117 Fällanden
044 701 22 44

Darum wird Bauen immer komplizierter und aufwändiger

Wenn praxisferne «Weltretter» das Sagen haben

von Urs Waser, Kantonsrat, Leiter Hochbau und Planung/Zimmermann, Langnau am Albis ZH

Der Ausspruch «Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm» gilt auch im Planungs- und Baubereich. Komplizierte, praxisferne Politiker produzieren auch komplizierte, praxisferne Bauvorschriften.



Politiker reden gerne vom verdichteten Bauen und von bezahlbarem Wohnraum. Sie übertreffen sich gegenseitig mit Vorstössen zum Thema Bauen. Doch was haben die Milizpolitiker und angeblichen Experten für berufliche Hintergründe? Vielfach sind es Soziologen, Umweltwissenschaftler oder Juristen. Vom Bauen und von der Praxis haben Sie in der Regel keine Ahnung. Ihr «Engagement» macht alles nur noch viel aufwändiger und dadurch auch teurer. Aber Hauptsache, sie fühlen sich als «Retter» der Welt. Auf der Baustelle würde man ihnen sagen: «Denk erst einmal voraus» oder «Denk doch einmal um die Hausecke!»

Im Bundesparlament sind Leute gefragt, die etwas von der Materie verstehen – keine Politiker mit Profilierungsneurose. Daher meine Frage: Wie viele Politiker können «Baustellenerfahrung» in Bern einbringen? Wie viele wissen, wie es ist, mit den Händen zu arbeiten, und das bei jedem Wetter? Wie viele haben Häuser geplant, Bewilligungsverfahren durchlaufen und dann auch tatsächlich gebaut? Aus diesen Gründen ist meines Erachtens auch die Miliztätigkeit eines Politikers zentral. Ich wünsche Ihnen viel Spass beim Nachforschen. Denn die Spezies der wirklichen Milizpolitiker ist in Bern beinahe ausgestorben.

Darum stelle ich mich zur Wahl in den Nationalrat. Als gelernter Zimmermann, Holzbau-Polier und Baurechtsexperte sowohl im Baubewilligungsverfahren wie auch in der Raumplanung schätze ich vor allem den bodenständigen Umgang mit den Leuten. Und mein Interesse – auch in der Politik – gilt einfachen, zweckmässigen und praxistauglichen Lösungen. Daher lautet mein Credo: Lieber Gesetze abschaffen oder zumindest vereinfachen, statt neue kreieren.

Als Familienvater von drei Buben ist es mir nicht egal, was die Zukunft für unser Land bringt. Meine und alle Kinder sollen in Freiheit aufwachsen und nicht in einem überregulierten Land. Und sie sollen ein eigenverantwortliches Leben führen können.

Einst hiess es: Eidgenossen, hütet Euch am Morgarten! Heute könnte man sagen: Eidgenossen, hütet Euch vor den praxisfernen Gutmenschen. Ich freue mich, wenn Sie SVP wählen und mich 2x auf Ihre Liste setzen. Herzlichen Dank.

Urs Waser

Wahlindex.ch
Ein richtiger Trafficbooster für Ihre Webseite & Kandidatur!

**Nationalratswahlen
Heisse Phase!**

Jetzt eintragen!
<https://wahlindex.ch/eintragen>

Für Züri in Nationalrat!

Waser bringt
Bärns Mühle in
Schwung!

Urs Waser
www.urs-waser.ch

Liste 1 SVP
Die Partei des Mittelstandes

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Neutralität

Die Neutralität ist die politische Haltung eines Kleinstaates, der seine Freiheit bewahren will. Der Neutrale ist möglichst ungefährlich und möglichst nützlich. Neutralität ist eine List, sie gehört zur Kunst des Kleinstaates, durch die Welt zu kommen. Ich halte den Kleinstaat für eine der glücklichsten politischen Erfindungen: Der Mensch als Bürger einer Grossmacht wird nicht besser dadurch, dass er einer Grossmacht angehört, aber leichter politisch benebelt und damit gefährlich. Dem Kleinstaat muss man seine politischen Waffen erhalten. Darum halte ich die listige Formel der Neutralität immer noch für brauchbar. Nur haben wir sie vermoralisiert und ideologisiert. In Wirklichkeit ist die Formel der Neutralität politisch kühl und berechnend.

(Harro von Senger, P.S. – Die illustrierte online-Version, 16.09.2023)

Kampfpanzer-Ausverkauf

Die überparteiliche Pro Schweiz verurteilt den Entscheid der Mehrheit (25 zu 15 Stimmen) im Ständerat, 25 Kampfpanzer der Schweizer Armee auszumustern und an Deutschland zu verkaufen. Das «Buebetrickli» – Umgehung der gesetzlichen Grundlagen – ersetzt Panzer der Bundeswehr, welche an die Kriegspartei Ukraine geliefert worden sind. Zuvor hatte der Nationalrat dem neutralitätswidrigen Geschäft bereits zugestimmt. Die Schweiz liefert also indirekt schwere Waffen einseitig an eine Konfliktpartei. Der Vorgang ist einmalig in der Schweizer Geschichte und entpuppt sich in Wahrheit als PR-Aktion mit der Absicht, Brüssel und Washington «nett zu stimmen».

Es ist nicht nachvollziehbar, dass auch der Ständerat seine Verantwortung für die Sicherheits- und Neutralitätspolitik nicht wahrnimmt. Erst kürzlich hat Armeechef Korpskommandant Süssli in den Medien verlauten lassen: «Die Armee kann sich zwar per se verteidigen, es fehlt uns aber an Durchhaltefähigkeit.» Der Armeechef

Armee-Aushungerung

Aktuell besteht das sogenannte Heer nur noch aus drei mechanisierten Brigaden, von denen lediglich zwei Kampfpanzer haben. Die Infanterie gehört seit 2003 nicht mehr zum Heer und besteht aus aktuell noch 17 Bataillonen. Sie sind in vier Territorialdivisionen ohne Panzer und Artillerie eingeteilt, deren Hauptauftrag die Unterstützung der Behörden in ihrer Region ist. Insgesamt hat die Armee also nur knapp 30'000 Mann im Sollbestand, die am Boden kämpfen könnten. Genügend Ausrüstung ist aber nur für die Hälfte vorhanden, es mangelt auch an Munitionsvorräten.

(Christoph Hürlimann, in «Schweizer Monat» 1110, Oktober 2023)

stellt weiter fest, von sechs Panzerbataillonen könne man Stand jetzt nur gerade zwei vollständig ausrüsten. «Wenn wir alles Material zusammenkratzen würden, könnte vielleicht die Hälfte ausgerüstet werden», so die Einschätzung des Armeechefs. (20min.ch, 18. September 2023).

(Werner Gartenmann, Geschäftsführer Pro Schweiz, 26.09.2023)

Schüsse in Schweden

Der Bandenkrieg hat sich inzwischen aus berückichtigten Vororten ins Zentrum grosser Städte wie Stockholm, Göteborg und Malmö verlagert. Fast jeden Tag gibt es Schüsse auf offener Strasse und Explosionen in Wohnhäusern. Zuletzt nahmen die tödlichen Schusswaffenanriffe dramatisch zu, unter den Opfern waren zudem vermehrt Minderjährige und Unbeteiligte. Im vergangenen Jahr wurden in dem skandinavischen Land 391 Schusswaffenangriffe registriert, 62 davon endeten tödlich.

(H. Reifschneider, per E-Mail, 02.10.2023)

Gesundheitskosten

Die hohen Preise für Energie und Rohstoffe, der Fachkräftemangel, Lieferkettenprobleme und der Brüsseler Regulationsfuror setzen die deutsche Gesundheitswirtschaft massiv unter Druck. Nur noch jedes vierte Unternehmen der Branche schätzt seine Geschäftslage als gut ein, geht aus dem Gesundheitsreport des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) hervor.

(Jörg Schierholz, in Tichys Einblick 08/23)

Für mehr Freiheit und Eigenverantwortung!

2 x
auf Ihre
Liste

Roger Bachmann
in den Nationalrat

www.rogerbachmann.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 1

SCHWEIZER
QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

«Es sagte»... Wettbewerb **LÖSUNG!**

Wir fragten, von welcher Persönlichkeit die folgende Aussage stamme:

«WENN SIE DREIMAL SO VIELE WINDKRAFTWERKE BAUEN, UND ES GIBT KEINEN WIND, IST EBEN AUCH KEIN STROM DA. DREI MAL NULL WIND IST NULL STROM»

Als Antwort standen zur Verfügung:

- A** Robert Habeck, Vizekanzler und Wirtschaftsminister Deutschlands;
- B** Balthasar Glättli, grüner Nationalrat;
- C** Prof. Fritz Vahrenholt, deutscher Umweltwissenschaftler und Buchautor;
- D** Peter Bodenmann, alt Nationalrat SP und Energiepolemiker.

Die richtige Lösung:

- C** Die zum Raten präsentierte Stellungnahme formulierte der Umweltwissenschaftler Prof. Fritz Vahrenholt, Mitautor des Buches «Unerwünschte Wahrheiten – Was Sie über Klimawandel wissen sollten». An diesem Buch kommt niemand vorbei, der zum Klimawandel Fakten und Wahrheiten, nicht aber ideologisch motivierte Umverteilungsdogmen vernehmen will.

Schweizerzeit
STIFTUNG

Eine Investition für eine freie, unabhängige Schweiz

Die Schweizerzeit-Stiftung ermöglicht dem Verlag «Schweizerzeit» die Realisierung von Publikationen und Informationsanlässen zur Stärkung der Freiheit, der Unabhängigkeit und der Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz.

Sie unterstützen die Schweizerzeit-Stiftung zum Beispiel, indem Sie in Ihrem Testament ein **Legat** an die Schweizerzeit-Stiftung vorsehen.

Oder Sie können als Stiftungs-Gönner dem Schweizerzeit-Club beitreten.

Dürfen wir Sie ausführlicher dokumentieren?

Schweizerzeit-Stiftung
Dr. Ulrich Schlüer, Geschäftsführer
Tel. 052 301 31 00 / Mail: stiftung@schweizerzeit.ch

Ihr Bäcker aus dem Kanton Zürich!



2 x auf Ihre Liste

In den Nationalrat

René Schweizer
Inhaber Konditorei Voland

Unterstützt von:



René Schweizer
in den Nationalrat

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler

Als Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor mit eigener Bäckerei-Konditorei sehe ich, wie wichtig Ernährungssicherheit, Unternehmertum und Bildung für eine sichere Zukunft in Freiheit sind.

Entsprechend wichtig ist mir, die Selbständigkeit in allen Belangen aufrecht zu erhalten und dafür zu sorgen, dass sich der Staat so wenig wie möglich einmischet.

Meine Standpunkte:

- ▶ Ernährungssicherheit: Um die inländische Produktion zu erhöhen, müssen unsere Bauernbetriebe unterstützt und von unrealistischen Auflagen entlastet werden.
- ▶ Wirtschaftliche Stabilität: Es gilt, die «Macherinnen und Macher» in unserem Land zu ermutigen und von Bürokratie sowie hohen Steuern und Abgaben zu entlasten.
- ▶ Zukunftsfähiges Bildungssystem: Unserem dualen Bildungssystem müssen wir Sorge tragen. Kinder und Jugendliche sollen nach ihren Stärken gefördert und gefordert werden.

Vielen Dank für Ihre Stimme am 22. Oktober auf Liste 1.

Herzlich, ihr

René Schweizer

René Schweizer
2x auf Ihre Liste



René Schweizer

- Jahrgang 1972
- Wohnort: Fischenthal
- Beruf: Eidg. Dipl. Bäcker-Konditor und Berufsschullehrer

Engagements

- Inhaber Konditorei Voland seit 2001
- Vizepräsident Bäckermeisterverband Kanton Zürich (ZHBK)
- Vorstand Gewerbeverband Kanton Zürich (KGV)
- Prüfungsexperte Lehrgänger / Berufsprüfung Bäcker-Konditor

Politische Laufbahn

- seit 2019 Präsident SVP Bezirk Hirwil
- 2006-17 Präsident SVP Bauma





Das Büro Ha deckt auf!

Notkraftwerk von Birr. Die Betriebsbewilligung ist erteilt. Ein immenses Kraftwerk wurde innert kürzester Zeit von General Electric (GE) aufgebaut. Das ist natürlich nur möglich durch eine Lockerung der Vorschriften, sprich «grosszügige Auslegung» der Luftreinhalte-Verordnung und des Lärmschutzes. Und dank geduldiger Bevölkerung und kooperativer Behörden. Dieses Kraftwerk – nur dank Hysterie und Panikstimmung entstanden – ist ein echter Brummer, der uns in der Dunkelheit «Power» liefert: Der Verbrauch bei Volllastbetrieb rund um die Uhr beträgt ca. 80'000 m³ Öl pro Monat, also fast 3'000 m³ pro Tag. Dies entspricht einem Blockzug pro Tag – sofern dieser Blockzug aus dem Hafen Birsfelden ausfahren kann. Einen Engpass bildet auch das vorhandene Transportvolumen auf der Strasse für die Versorgung dieser Anlagen. In der Schweiz sind etwa 800 zivile LKW mit einem «Tank für Treibstoffe» in Betrieb, und die Armee hat rund fünfzig solcher LKW in ihrem Bestand. Das sind also total dreissig Tankzüge pro Kanton. Dies genügt nicht in Ansätzen, um den Nachschub sicherzustellen. Der private Verbrauch dürfte also recht schnell rationiert werden.

Die tägliche Belieferung des Ölkraftwerks Birr (Vorrat für 1 Tag ist vor Ort gebunkert) kann nur geschehen,

wenn auch genügend Kesselwagen zur Verfügung stehen. Zudem dürfte das Kraftwerk nur in Betrieb genommen werden, wenn der Blackout schon da ist oder unmittelbar bevorsteht. Bei Netzausfall oder Strommangellage können Blockzüge für die Versorgung nur mit Dieselloks gefahren werden mit entsprechend «angepassten» Geschwindigkeiten. Es könnte kalt und dunkel werden. Dank den Realitäts-Verweigerern, welche die KKW abschalten lassen und am liebsten alle LKW verbieten möchten. Das haben wir den grünen «Bonsai-Logistikern» mit Dächlichappen und Scheuklappen zu verdanken, die das Gefühl haben, mit einem Lastenrad könne die Bevölkerung «nachhaltig» versorgt werden.

*

AHV. Die Durchschnitts-AHV-Rente eines alleinstehenden Eidgenossen beträgt 1'500 Franken pro Monat. Die Altersrente unseres Nachbarn Franzl im Tirol beträgt 1'200 Euro und jene von Rentner Uwe in Deutschland 800 Euro. Und alle waren vierzig Jahre werktätig. Das Durchschnittseinkommen von Asylo Ibrahim Schmarotzi (mit Ehefrau und zwei Kindern) beträgt 6'532 Franken plus das bekannte «Rundum-sorglos-Paket» inkl. Steuerfreiheit. Alles Schönreden ist Verrat an der eigenen Bevölkerung! Geht an die Urnen! Es ist Zeit für die «Zeitenwende» in Bundesbern.

Tis Hagmann

Unternehmer nach Bern!

Wählen Sie wirtschaftsfreundlich,

- » weil erfolgreiche Unternehmen und eine produzierende Landwirtschaft für Sicherheit und Stabilität sorgen!
- » weil nur gesunde und florierende Unternehmen unsere Sozialwerke finanzieren können!
- » weil unsere Gewerbebetriebe nicht nur über Bildung reden, sondern jährlich über 100'000 Jugendliche ausbilden!

Kanton Zürich:

**Wählen Sie am 22. Oktober 2023 die
KMU-Unternehmerliste 22**



In den Nationalrat

Hans-Ulrich Bigler

hansulrich-bigler.ch

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter



Senioren: An die Urnen!

von Ulrich Schlüer, alt Nationalrat, Flaach ZH



Von 1995 bis 2011 am Parlamentsbetrieb beteiligt, dürstet es mich keineswegs nach zweiter Karriere in Bern. Meine Kandidatur ist Signal an die Senioren: Eure Stimme ist gefragt! Die Stimmen von allen Senioren! Setzt sie ein am 22. Oktober! Für unsere Nachkommen, für unsere Heimat, für die Schweiz!

Rot-Grün hat abgewirtschaftet: Allzu viele von ihnen haben noch nie auch nur einen einzigen Franken an ihren eigenen Lebensunterhalt verdient. Aber von den Leistungen anderer zehrend, führen sie das grosse Wort. Lautstark verhindern sie, dass die Absage von Volk und Ständen an die überbordende Masseneinwanderung endlich umgesetzt wird. Die Folgen sind verheerend: Der Schulunterricht bricht zusammen, den Spitälern droht der Kollaps, die Sozialhilfekosten explodieren, täglich erleben wir den Zusammenbruch des öffentlichen wie des privaten Verkehrs.

Und die Landschaft wird in einem Tempo zubetoniert, wie das keine Generation vor Rot-Grün in unserem Land je verschuldet hat. Sie aber predigen «Verdichtung» – und öffnen alle Grenztore sperrangelweit!

Demokratie und Gemeinde-Autonomie werden mit Füssen getreten. Funktionäre regieren. Überall. Zum Beispiel im Zürcher Unterland und im Weinland. Dort werden von der rot-grünen Baudirektion derzeit Kornfelder und Wiesen asphaltiert. Und schöne Dörfer von wahren Umleitungs-Orgien heimgesucht. Keineswegs für den Bau der seit Jahrzehnten versprochenen Umfahrung Eglisau. Nein, ein Kreisel wird perfektioniert, auf dass sich Autolawinen (täglich zehntausend

Grenzgänger in beiden Richtungen!) noch viel rascher und verderblicher in die Dörfer ergiessen.

Unsinniger geht's wahrhaftig nicht! Und jede Mitsprache der Bevölkerung wird abgewürgt, ja verlacht. Niemand hat die Landschaft radikaler zerstört als Rot-Grün heute. Aber Verdichtung soll – jede Demokratie verachtend – weiteren Massen den Weg in die Schweiz öffnen.

Die Energieversorgung ist bedroht. Zürichs rot-grüner Baudirektor will jetzt 120 Windkraftwerke in die Landschaft stellen – an aller Demokratie vorbei. Dass jedes dieser Maxi-Windräder ein Fundament aus zweihundert Tonnen Beton benötigt – gegossen in Wälder, auf Äcker, auf Wiesen – verschweigt er. Nur die Städte bleiben davon verschont. Diese alles zerstörende Funktionärsdiktatur muss verschwinden! Ohne Verzug. Dafür müssen auch die Senioren ihre Wahlzettel nutzen – aus Verantwortung vor den Nachkommen, vor den Enkelinnen und Enkeln. Auch ihnen müssen Demokratie und Freiheit erhalten bleiben. Und lebenswerte Landschaften!

Senioren, auch Eure Wahlzettel gehören am 22. Oktober 2023 in die Wahlurnen. Schluss mit rot-grüner Bürokratie und Anmassung, Schluss mit rot-grüner Landschaftszerstörung. Allein die SVP kann die verderbliche, täglich von Rot-Grün angetriebene Masseneinwanderung endlich unterbinden.

Ulrich Schlüer ist im Kanton Zürich Spitzenkandidat auf der SVP-Liste Ü55, Liste 14

In den Ständerat:
Gregor Rutz
zusammen mit Regine Sauter

Liste 14



GOAL GLOSSAR



radikal

radikal

<lat.> radix (die Wurzel, der Ursprung),
konsequent; gründlich

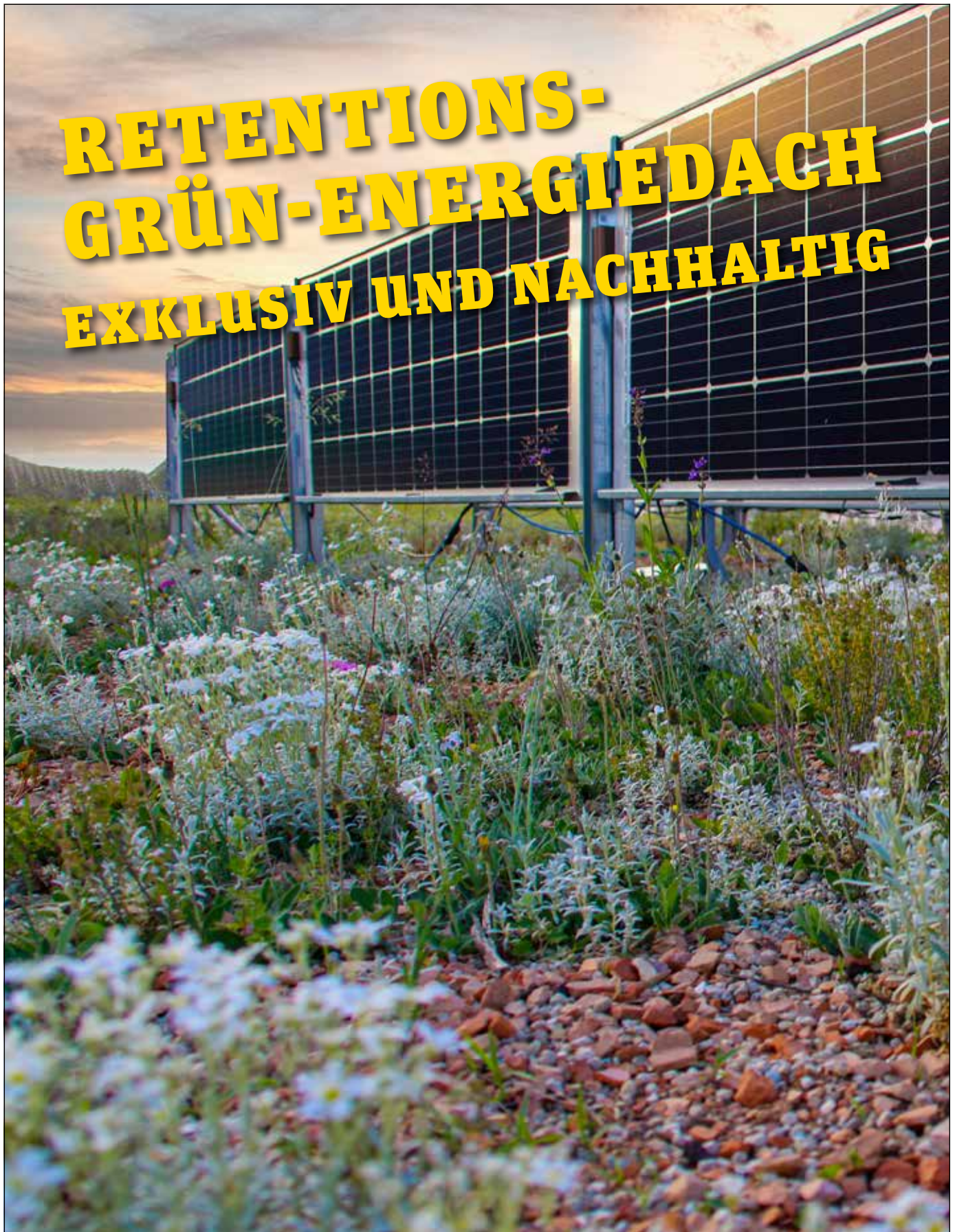
Wir entwickeln gerne radikale Kampagnen und Visualisierungen. Denn wir gehen mit unserer Kommunikation und Werbung immer an die Wurzel des Problems. Seichtes Oberflächen-gestocher gibt es schon genug...

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg



www.weissappetito.com/dachbegruenungen

Weiss+Appetito



Wir erwarten von der Politik eine klare Strategie zur Energiekrise.

Es kann nicht sein, dass die Stromproduktion zu Lasten der Dachbegrünung auf Flachdächern geht. Das Stadtklima, die Biodiversität und vor allem auch das Regenwasser im versiegelten Raum, muss unter anderem auch auf den Flachdächern gelöst werden und dies natürlich in Kombination mit Photovoltaik-Anlagen.

Wenn wir den heutigen Stand der Technik anwenden, ist es problemlos möglich ein Retentions-Energie-Gründach zu bauen.

Werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier nehmt eure Verantwortung wahr und schafft Grundlagen, damit die Städte und Gemeinden gezwungen werden, respektive motiviert sind, das Retentions-Energie-Gründach in ihrer Verantwortung umzusetzen.



Beat Ellenberger
Präsident

**Schweizerische Fachvereinigung
Gebäudebegrünung**

The logo consists of the letters 'SEV' and 'ASIF' in a stylized font, with a green leaf-like shape above the 'V'. Below the logo, the text 'SCHWEIZERISCHE FACHVEREINIGUNG GEBÄUDEBEGRÜNUNG' and 'ASSOCIATION SUISSE DES SPÉCIALISTES DU VÉGÉTALISMENT DES BÂTIMENTS' is written in a smaller font.

SCHWEIZERISCHE FACHVEREINIGUNG GEBÄUDEBEGRÜNUNG
ASSOCIATION SUISSE DES SPÉCIALISTES DU VÉGÉTALISMENT DES BÂTIMENTS

LGBT

Die Regenbogenfarben verblassen

von Thomas Lamprecht, EDU-Kantonsrat und Spitzenkandidat Nationalratswahlen, Bassersdorf ZH

Die LGBT-Community hat den legitimen Wunsch nach Anerkennung. Darum hisst sie die Fahne mit den Regenbogenfarben. Die Gegenfrage aber sei erlaubt: Warum müssen sexuelle Identitäten öffentlich so prominent diskutiert werden? Ein Mensch ist doch viel mehr als seine sexuelle Orientierung. Und beinhaltet die Regenbogenflagge nicht die reduzierende Botschaft einer Minderheit?

Es handelt sich um ein gesellschaftliches Thema, welches politisch ausgeschlachtet wird. Es ist durchdrungen vom melodramatischen Prinzip, das da lautet: Es gibt das Gute und das Böse, meist in Form von «gerecht» und «ungerecht». Wenn das Melodrama eines kann, dann Empörung auslösen.

In den vergangenen Jahren hat es immer wieder Unruhe um LGBT und die bunten Regenbogenfahnen gegeben: Fussballspieler, die aufgefordert werden, mit Regenbogen-Armbinde zu spielen, oder Stadien, die in Regenbogenfarben erstrahlten. Die moralische Selbstdarstellung der Flaggenhisser und die Botschaft: «Seht her, hier steht jemand auf der richtigen Seite!» provoziert.

Man mag sich fragen, warum die bunten Fahnen manchen so bitter aufstossen. Sind es einfach nur stockkonservative Menschen oder ewiggestrige Schwulenhasser?

Das wäre ein Fehlschluss. Wir können von niemandem erwarten, dass er all das gut findet, was ein anderer gut findet. Es wird wohl immer Menschen geben, die Schwulsein seltsam, vielleicht sogar abstossend finden. Da kommt die Frage auf: Wie ist es um jene Menschen beschaffen ist, die keine Flagge hissen. Sind diese Menschen dann automatisch gegen LGBT? Natürlich nicht.

Ja, wir müssen uns für Freiheit, Gerechtigkeit und Akzeptanz einsetzen. Und ja, wir sollten uns für die Menschen, alle Menschen, auch die Persönlichkeiten der LGBT-Community, interessieren. Ganz im Sinne der Nächstenliebe.

Aber: Hier sollte nicht die Politik im Vordergrund stehen, sondern die Menschen dahinter. Sonst werden diese Menschen für das Politische missbraucht. Und die Regenbogenflagge wird ihre Strahlkraft verlieren und verblassen, wie das auch mit der Peace-Fahne passiert ist.

Thomas Lamprecht

LGBT: Leuchten die Farben?



EDU+

Thomas Lamprecht
Bassersdorf

Spitzenkandidat Nationalratswahlen

Rahmenabkommen – unehrliche Verhandlungen?



Nicht nur der für das Schweizer Dossier zuständige Unterhändler Maros Sevcovic, auch das EU-Parlament erwartet, dass der Bundesrat spätestens nach den Wahlen ein Verhandlungsmandat für ein Rahmenabkommen aushandelt. Dabei gilt: 1. Nicht EU-Mitglieder sollen bei Verträgen mit der EU nicht besser fahren als Mitglieder. 2. Oberste Autorität bei der Interpretation des EU-Rechts ist der Europäische Gerichtshof. 3. Wer im EU-Binnenmarkt dabei sein will, muss alle relevanten EU-Regeln übernehmen.

Ein Rahmenabkommen unter Einhaltung dieser Richtlinien würde die Schweizer Volksrechte und die Kognition unserer Gerichte ebenso aushebeln wie die Kompetenz unseres Parlaments, eigenständige Regeln zu treffen, die von EU-Regeln abweichen. Fazit: Es wäre ein Kolonial- oder Satellisierungsvertrag, der es uns verunmöglichen würde, bessere Regeln als jene unserer Konkurrenten zu schaffen. Gerade weil wir keine nennenswerten Bodenschätze oder grosse Agrarflächen besitzen, sind wir auf ein besseres Bildungssystem, eine gute Arbeitsmoral durch Anreize für die

Tüchtigen, weniger Bürokratie, tiefere Steuern, einen schlanken Staat und unabhängige Gerichte angewiesen. Zudem kann nur eine föderalistische, direktdemokratische, selbstbestimmte und neutrale Schweiz erfolgreich sein.

Wer eine solche Schweiz beibehalten will, darf weder Satellisierungsverträge abschliessen noch sich in internationale Streitigkeiten einmischen. Das erfordert internationale Zurückhaltung unserer Politiker und Beamten, was ihrem Geltungsdrang und ihren Karriereambitionen Grenzen setzt. Deshalb werden sie nicht müde, mit Unterstützung der Staats- und Leitmedien zu predigen, die ursprüngliche Schweiz sei überholt und aus der Zeit gefallen. Sie müsse sich öffnen, international solidarisch zeigen und sich integrieren, auch militärisch. Ihre Neutralität – so der SP-Bundesratskandidat Jon Pult – sei zur «Geschäftlimerneutralität» verkommen. Entlarvender kann man den Angriff auf die universale Handels- und Gewerbefreiheit nicht formulieren.

Neben den atlantischen Funktionären, die uns in die EU und die Nato hineinzwängen wollen, sind Teile unserer Beamten und Politiker die gefährlichsten Feinde unserer Freiheit.

Markus Eckstein, Goldach SG



Das Büro Ha deckt auf!



23 Wolfsrudel. Seit 1990 nimmt der Wolfsbestand stetig zu. Während den letzten fünf Jahren hat er sich in der Schweiz verfünffacht. 2018 gab es noch vier Rudel, jetzt sind es schon 23. Der Wolf mit seiner Intelligenz und seiner grossen Anpassungsfähigkeit hat durchaus seine Anwesenheitsberechtigung. In besiedelten Gebieten, in Kulturlandschaften und in der Landwirtschaft richtet er aber einen zu grossen Schaden an. Das Initiativkomitee ist überzeugt, dass sich die Volksmeinung geändert hat und dass sich eine erneute Abstimmung über den Schutzstatus des Wolfes aufdrängt. Der Schafsriss im März 2022 in Bonstetten und die abgestürzten Pferde in Hasliberg im September 2022 zeigen deutlich, dass die Wolfsproblematik das Mittelland erreicht hat.

Beachten Sie unter www.wolfsinitiative.ch den Unterschriftenbogen. Es geht nicht darum, den Wolf wieder auszurotten. Aber dass Bundesbern jeden Abschuss bewilligen muss, ist grotesk. Der Wolf soll jagdbar sein, genau wie Fuchs, Dachs, Reh, Hirsch und Wildschwein.

Tis Hagmann

Persönliche Wahlempfehlung für den Kanton Luzern

Liebe «Schweizerzeit»-Leserinnen und Leser aus dem Kanton Luzern

Bei den Nationalratswahlen vom 22. Oktober 2023 ist von besonders hoher Dringlichkeit, dass starke Persönlichkeiten gewählt werden, die mit Sachverstand und Beharrlichkeit den Bundesämtern und der Verwaltung auf die Finger schauen. Und vor allem: Dass Politiker nach Bern kommen, die über einen Leistungsausweis aus Beruf und Gesellschaft verfügen, unabhängig und finanziell nicht auf ein Nationalratsmandat angewiesen sind. Denn wie Dr. Ueli Schlüer richtig geschrieben hat: Nur solche Politiker leben für den Staat und die Allgemeinheit – und nicht von ihnen.

Bernhard Steiner, Dr. phil. nat. der Biologie und Kinderarzt (Chinderdokter vo Wolhuse), vierfacher Familienvater und Kantonsrat aus Entlebuch, erfüllt exakt diese Anforderungen. Wir haben die einmalige Chance, mit Beni Steiner einen ausgewiesenen Fachmann in Bildungs- und Gesundheitsfragen nach Bern zu schicken, der darüber hinaus auch in allen anderen Themen unsere Gesinnung teilt.

Ich bitte Sie: Wählen Sie im Kanton Luzern SVP und setzen Sie neben Franz Grüter auch **Bernhard Steiner 2x auf Ihre Nationalratsliste**. Herzlichen Dank!



Anian Liebrand

LEASEN. FAHREN. ERLEBEN.

LEASING AB
CHF 199.-*

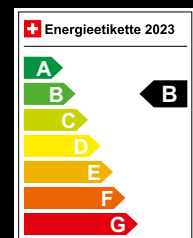


MITSUBISHI NEW ASX



emilfrey.ch

* Leasingbeispiel: ASX Inform MT, 1.0 Benzin, 91 PS, Normalverbrauch gesamt 6.2 l / 100 km, CO₂-Emission gesamt 141 g/km; Energieeffizienz-Kategorie D. Barkaufpreis CHF 24'990.- inkl. MWST. Leasingrate CHF 199.-/Mt., Laufzeit 24 Monate, 10'000 km/Jahr, Sonderzahlung CHF 7'372.-, effektiver Jahreszins 2.9 %, exklusiv obligatorischer Vollkasko-Versicherung. Die Multilease AG darf keine Finanzierung gewähren, falls sie zur Überschuldung des Leasingnehmers führt. Aktion gültig vom 1.7.2023 bis 31.12.2023. Abb. ASX PHEV Instyle, Barkaufpreis CHF 46'790.- inkl. MWST. Energieverbrauch Strom 13.5 kWh / 100 km, Normverbrauch Benzin 1.4 l / 100 km; CO₂-Emission gesamt 32 g/km; Energieeffizienz-Kategorie B.



175 Jahre Bundesverfassung

Seinerzeit eine fundamentale Errungenschaft

Mit der Verfassung 1848 hat die Schweiz als erster Staat in Europa eingeführt, dass Verfassungsartikel nicht länger unantastbar und gleichsam gottgegeben wie in Monarchien sind. Sie können in Volksabstimmungen in Form von Teilrevisionen der Verfassung veränderten Entwicklungen sowie aus Erfahrung resultierenden neuen Einsichten angepasst werden.



1874, im Rahmen der ersten Verfassungsrevision, wurde als Erweiterung zusätzlich eingeführt, dass Volksabstimmungen auch durch Volksbegehren (Referenden und Initiativen) herbeigeführt werden können. Verfassungsanpassungen wurden also möglich, ohne dass dafür eine Revolution nötig gewesen wäre.

Im Gegensatz dazu liessen festgefügte, unabänderbare Regelungen, wie sie in den Monarchien in Europa bestanden, Anpassungen auf der Grundlage von Willensäusserungen der Bürgerinnen und Bürger nicht zu. Die demokratische Veränderbarkeit der Bundesverfassung ist ein wesentlicher Grund für die Tatsache, dass die Schweizerische Bundesverfassung als einzige Verfassung in Europa in ihrem Grundbestand seit 1848 – wenn auch in wesentlichen Belangen teilergänzt – unangetastet geblieben ist.

Entgegen den Befürchtungen der damaligen Monarchien rund um die Schweiz hat die «Pöbel-Herrschaft», wie die Volkssouveränität im Ausland diffamiert wurde, nie unsinnigen oder gar verbrecherischen Vorhaben den Weg geebnet. Während zum Beispiel die Todesstrafe in Monarchien häufig angewendet und als unantastbar bezeichnet wurde, wurde sie in der Schweiz auf demokratischem Weg abgeschafft – wahrhaft ein bedenkenswerter Unterschied.

Umgang mit dem Völkerrecht

Auch die Frage, wie mit Völkerrecht umzugehen sei, wurde vor fünfundzwanzig Jahren in den Verfassungskommissionen beider Räte intensiv diskutiert. Das Bundesgericht als Ganzes hat sich zur Stellung des Völkerrechts gegenüber dem schweizerischen Verfassungsrecht bis heute nicht verbindlich geäussert, lediglich eine einzige Kammer des Bundesgerichts hat vor gut zehn Jahren in einem bestimmten Fall mit dem knappst möglichen Stimmenverhältnis dem Völkerrecht Vorrang eingeräumt gegenüber schweizerischem Verfassungsrecht. Obwohl mehrfach dazu aufgefordert, hat sich das Bundesgericht als Plenum zu dieser Rangordnung bisher nie verbindlich geäussert. Dies wohl auch deshalb nicht, weil die generelle Unterstellung der Schweiz unter das Völkerrecht zweifellos einer Volksabstimmung unterbreitet werden müsste – was enorme Schwierigkeiten hervorrufen würde. Denn Völkerrecht ist nicht in einem Gesetzbuch kodifiziert. Lediglich das sogenannte «zwingende Völkerrecht» (zum Beispiel das Rückschiebeverbot für an Leib und Leben Gefährdete) gilt absolut.

Warum hat die Schweiz kein Verfassungsgericht?

Dass die Schweiz kein Verfassungsgericht hat – darüber wurde Ende der Neunzigerjahre ausführlich diskutiert. Der Verzicht erfolgte, weil in der Schweizer Bundesverfassung – weltweit einzigartig – die Volkssouveränität garantiert wird. Es soll nicht geschehen, dass Volksentscheide einem Gerichtsverfahren unterstellt werden können, dass also ein Verfassungsgericht einen Volksentscheid annullieren kann. Das Volk, also die Gesamtheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, ist in der Schweiz der Souverän und somit die höchste, unanfechtbare Instanz. Und das muss so bleiben. S.

Als Völkerrecht wird die Gesamtheit der international getroffenen vertraglichen Vereinbarungen verstanden. Ihre Zahl geht allerdings in die Tausende. Uneinheitlichkeit und Widersprüche lassen sich in bedeutender Zahl darin finden. Kommt dazu, dass der Begriff «Völkerrecht» nur in der kleinen Minderheit deutschsprachiger Länder gebräuchlich und gültig ist. Auf internationaler Ebene wird dafür allgemein der Begriff «Internationales Recht» (international law) verwendet – was diesem Recht eine weit geringere Gewichtung verleiht, als wenn es dargestellt wird als Recht, das von Völkern geschaffen worden ist.

Völkerrecht ist generell das Ergebnis von Verträgen, die fast immer von Diplomaten ausgehandelt und anschliessend von Regierungen genehmigt worden sind – oft in Form des «kleinsten gemeinsamen Nenners» zu strittigen Problemstellungen. Die Legislative bleibt aussen vor. Die Gewaltentrennung – Grundvoraussetzung für demokratische Entscheidungsfindung – bleibt unbeachtet.

Darum ist es entscheidend, dass unsere Bundesverfassung nur durch den Souverän, also durch die Mehrheit von Volk und Ständen, geändert werden kann. S.

Stephanie Gartenmann

in den Nationalrat!

jung
bürgerlich
verwurzelt

Liste 2

2x auf jede Liste am 22. Oktober 2023
www.stephanie-gartenmann.ch

's isch immer so gsi, 's isch immer so gsi

Ode an Solothurn

von Hans Fehr, alt Nationalrat, Eglisau ZH

Solothurn hat für mich seit jeher den Hauch des Urchig-Positiven, des Heimatverbundenen und der direkten, träfen, ungekünstelten Sprache. Die Solothurner haben einen besonderen Charme und bringen die Sache stets auf den Punkt.

In der Motorisierten Infanterie-RS (Sommer 1969) in Bière, dann 1970 beim Abverdienen des Korporals und wiederum im Frühjahr 1972 beim Abverdienen des Leutnants mit einem Solothurner Zug habe ich diese besondere Völklein erst richtig kennengelernt. Da dominierten die Solothurner mit ihrem rauhen Charme und ihrem Selbstbewusstsein – aber auch mit ihrer Hilfsbereitschaft und Kameradschaft – ihre Kollegen mit «Zürischnorre» eindeutig.

Das «weiche D» anstelle des «harten T» ist eines ihrer besonderen Sprachmerkmale. «Dasch e Löuw (Löli) tönt eindeutig weicher (und vielleicht auch etwas netter) als das scharfe zürcherische «tumme Chaib». Oder wenn ein Solothurner sagt: «Dasch e Hoschedt Joggi» (Knecht, der sich in der Hofstatt/im Baumgarten herumtreibt), so meint er damit einen etwas einfältigen Menschen. Oder ich denke an unseren Korporal Mehr, der auf einem Marsch im heissen Sommer 1969 jammerte: «I ma nüm» (Ich kann nicht mehr). Auf unsere

Frage, was denn los sei, meinte er: «Vieresächzg. Döf-fumfau. Achsle verbrätscht.»

Die Solothurner haben nicht nur eine kernige Sprache, sie feiern auch gern. 1972, zum Abschluss unserer Schiessverlegung im Raum St. Maurice, beziehe ich mit meinen Solothurner Minenwerfern ein Biwack. Wir machen ein riesiges Lagerfeuer, feiern, singen und erzählen Witze. Mit x Strophen wird u. a. gesungen «A der Chüuche-Muur (Kirchenmauer) do stoht e Bur (Bauer), u was macht dä Bur – är seicht a d'Mur.» Gefolgt vom Refrain: «U de Gitsgitsgäbi, de Gitsgitsgäbi, de Gitsgitsgäbi juhee...»

Aber sie beherrschen auch das wunderschöne Solothurner Lied. Die erste Strophe lautet:

*Es lit es Städtli wunderhübsch am blauen Aarestrand,
's isch immer so gsi – 's isch immer so gsi!
Es gugget der Sant Urse-Turm wyt ussen übers Land,*





*'s isch immer, 's isch immer eso gsi!
Viel liebi alti Chlöschter hets, und Giebel, Turm und Tor,
Es wohnt es eigets Völkli drin, voll Gmüet und voll Humor,
Si Lybspruch isch: Wo's gmüetli got, do bin i au derby,
's isch jo immer, immer, immer eso gsi!*

So werde ich meine damaligen Solothurner in bester Erinnerung behalten – de Flury vo Luterbach, de Rickli vo Biberischt, de Meyer vo Lommiswil, de Salzme (Salzmann) vo «Zuchu» (Zuchwil), der Unternährer vo «Solodurn», de Kiefer vo «Oute» – und wie sie alle heissen.

Im Frühjahr 1973 habe ich meine künftige Frau in Paris kennengelernt – eine Aargauerin mit waschechten Solothurner Wurzeln! Und ich bin über all die Jahre «gut gefahren» mit dem Solothurner Blut. Die Eltern meines Schwiegervaters, eines «Allemann» aus Welschenrohr, haben während vieler Jahre das «Cardinal» geführt.

Und die Eltern meiner Schwiegermutter, einer «Zaugg» aus Rüttenen, hatten ein Spenglergeschäft. So habe ich auch familiär viel Solothurner Luft eingeatmet.

Unvergesslich bleibt mir neben weiteren Solothurner Besonderheiten auch die Verenaschlucht mit der Einsiedelei. Am Hans Roth-Waffenlauf, den ich mehrmals absolviert habe, war das Eintauchen in die kühle, geheimnisvolle Verenaschlucht immer ein besonderes Erlebnis. (Der legendäre Füsilier Trittenbass hat in der Kapelle jeweils sogar gebetet.) Und jahrelang habe ich mit meinem Sohn regelmässig «Männer-Wochenenden» auf dem Weissenstein verbracht und dabei – nebst unvergesslichen Jurawanderungen – natürlich auch die wunderschöne Altstadt besucht. Und ich werde Solothurn treu bleiben.

Mit Interesse habe ich auch den Aufstieg der SVP im Kanton Solothurn seit den Anfängen mit ihren vielen markanten Köpfen verfolgt. Kollegial verbunden war ich durch viele Jahre gemeinsamer Kommissions- und Ratsarbeit im Bundeshaus auch mit dem langjährigen Stadtpräsidenten Kurt Fluri; allerdings hat mir seine Politik auf Bundesebene nicht immer eitel Freude bereitet. Aber wie dem auch sei: Ich wünsche dem wunderhübschen Stedtli am blauen Aarestrand und allen Solothurnerinnen und Solothurnern nur das Beste.

Hans Fehr

Sibylle Jeker-Fluri

in den Nationalrat

www.sibylle-jeker.ch

«Als politisch engagierte Frau vertrete ich eine moderate Ausrichtung. Ich vertrete die Anliegen der Bevölkerung bürgernah und befürworte wirtschaftlich tragbare Lösungen.»



Liste 5

2 x
auf Ihre
Liste



Rémy Wyssmann

in den Nationalrat



2 x
auf Ihre
Liste



Ob unerträgliche Steuerbelastung, illegale Leistungsboni oder Ausgleichskassen-Debakel: Wyssmann handelt, andere reden nur. Wyssmann ist deshalb der richtige Mann für Bern. Plauderis hat es bereits genug.

Godi Bangerter, Treuhänder, Tschoppach

Liste 5

www.remy-wyssmann.ch



Die Schweiz und die Zuwanderung

Verlorene Kontrolle wieder gewinnen!

von Erich Hess, Unternehmer, Nationalrat, Bern

Seit Einführung der EU-Personenfreizügigkeit im Jahr 2002 ist unsere Bevölkerung um 1,5 Millionen Personen gewachsen – und somit vergleichsweise zwanzigmal schneller als Deutschland. Allein 2022 kamen insgesamt mehr als 180'000 Personen neu in unser Land. Das entspricht der Einwohnerzahl der Stadt Basel.

Die Folgen spüren wir heute in allen Lebensbereichen: Verstopfte Strassen, überlastete Infrastrukturen, steigender Lohndruck, immer weniger bezahlbarer Wohnraum. Trotzdem beklagt die Wirtschaft einen Fachkräftemangel. Das beweist: Es kommen die Falschen! Vier von fünf Zuwanderern sind keine Fachkräfte. Die unkontrollierte Zuwanderung verschärft die Situation weiter: Die aktuellen Zahlen bedeuten, dass es zusätzlich über 81'000 Wohnungen, 1'408 Pflegekräfte und 704 Schulkassen braucht – um nur einige Beispiele zu nennen.

Statt Fachkräfte, welche einen Mehrwert für unser Land leisten, kommen in erster Linie Nutzniesser unseres grosszügig ausgebauten Sozial-, Renten- und Gesundheitssystems in die Schweiz. Sie profitieren vom ersten Tag an von Leistungen, ohne je adäquate Einzahlungen geleistet zu haben.

Asylchaos

Noch schlimmer ist es im Asylwesen: Ende April 2023 befanden sich 127'000 Personen im Asylprozess, davon 16'000 im Kanton Bern. Durchgezwängt wird ihre Unterbringung in Kleinstgemeinden wie Heiligenschwendli oder Wolfisberg. Besonders perfide: Wurden zuvor ÖV-Verbindungen in diesen Randregionen gestrichen, sind diese mit Einrichtung der Asylunterkünfte plötzlich wieder möglich. Heute gibt allein der Bund für den Asylbereich vier Milliarden Steuerfranken aus – das ist mehr als für die Landwirtschaft.

Gleichzeitig belasten die Krankenkassenprämien die Schweizer Haushalte enorm. Auch nächstes Jahr steigen die Prämien wieder um durchschnittlich 8,7 Prozent. Der Mittelstand zahlt doppelt: Neben der eigenen Krankenkassenprämie muss der Mittelstand auch die Gesundheitskosten von Asylanten, Zuwanderern und



**Wählbar im ganzen
Kanton Bern!**



Erich Hess
wieder
in den **Nationalrat**

**Haben Sie Fragen zum
Ausfüllen der Wahlunterlagen?
Wahlinfo-Telefon: 031 398 42 00
Montag bis Sonntag, von 8 bis 23 Uhr**

**2x auf
Liste 1**



bisher



Teilzeit-Optimierern über die Einkommenssteuer mitfinanzieren. Das kann so nicht weitergehen.

Die SVP Schweiz fordert daher zu Recht:

- Höhere Prämien (Franchisen) für Zugewanderte, die noch nichts in unser Gesundheitssystem einbezahlt haben. Mit diesem solidarischen Beitrag können die Schweizer Prämienzahler entlastet werden.
- Die medizinische Versorgung von Asylanten ist auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Im letzten Jahr beliefen sich die hochgerechneten Kosten der Krankenkassenprämien im Asylwesen auf 288 Millionen Franken. Es kann nicht sein, dass die Schweizer Steuer- und Prämienzahler für das Asylchaos aufkommen müssen

Kostentreiber Zuwanderung

Ein grosser Kostentreiber ist vor allem die masslose Zuwanderung. Bei einer durchschnittlichen Einwanderung pro Jahr von rund 70'000 Personen bedeutet das über 300 neue Ärzte, über 300 zusätzliche Spitalbetten und über 1'700 neue Pflegekräfte. Das sind enorme Zusatzkosten. Diese zusätzlichen Kosten äussern sich in steigenden Krankenkassenprämien. Wir befinden uns in einer endlosen, teuren Spirale: Die unkontrollierte Zuwanderung sorgt für Fachkräftemangel, was wiederum die unkontrollierte Zuwanderung anfeuert. Und damit auch die Gesundheitskosten. Die heutige

Migrationspolitik macht die Schweiz ärmer. Profiteure sind Scheinasylanten, illegale Wirtschaftsmigranten und die Asylindustrie.

Nur die SVP wehrt sich gegen Asylchaos und Masseneinwanderung. Danke wenn Sie dies bei Ihrer Stimmabgabe am 22. Oktober 2023 mitberücksichtigen!

Erich Hess

Churz & Bündig

Die Sonntagszeitung (1. Oktober 2023) prangert 113 Parlamentarier pauschal als geldgierige Lobbyisten der Gesundheitsbranche an. Allesamt seien sie die Hauptschuldigen an der Prämienexplosion, die von den Krankenkassen ausgeht. Kein Wort verlieren die Ankläger allerdings ob der Tatsache, dass die Schweiz jährlich – unter krasser Missachtung des Volksentscheids gegen die Masseneinwanderung am 9. Februar 2014 – Zehntausende in unser Land importiert, die fast ab dem ersten Tag voll von all unseren Sozialwerken – auch von der Krankenversicherung – zehren, aber in sehr vielen Fällen während ihres ganzen Lebens kaum je überhaupt nur einen einzigen Franken an diese Sozialwerke beitragen. Pauschalanklagen polemisch zu erheben, fundamentale kostentreibende Tatsachen aber zu verschweigen – das richtet Schaden in einer Grössenordnung an, vor dem Handlungen von pauschal angeklagten Lobbyisten wie Brosamen erscheinen. *us*






Janosch Weyermann **Sandra Schneider**

zusammen mit Erich Hess (bisher) in den Nationalrat

Wählbar im ganzen Kanton Bern!



Werner Salzmann
wieder in den Ständerat!





Einladung zum Fachreferat

Peter Regli

Der Divisionär aD und ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

«Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?»

Organisiert durch:

PRO LIBERTATE
www.prolibertate.ch

PIKOM

Parteiunabhängiges Informationskomitee
www.pikom.ch

➔ **Mittwoch, 18. Oktober 2023**

➔ **Auditorium der Kaserne Bern**

Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstr. 27)

➔ **18.45 Uhr Apéro, 19.30 Uhr Referat**



100 Jahre
S+samariter

Samaritervereinigung Bern
www.bernernsamariter.ch

Mit einer grossen Portion Schweizer Tradition und Heimat

Mit unserem «Samariter-Atlas» bieten wir Ihnen Informatives zu Themen wie Pilze, Kräuter, Gewürze, Obst und Gemüse. Entdecken Sie leckere Rezepte, vielseitige Anwendungsbereiche und lassen Sie sich zu passenden Ausflugs-Tipps inspirieren. Die Atlanten umfassen jeweils 74 Seiten und sind zum Preis von 10 Franken pro Exemplar erhältlich.

Ich bestelle folgende Samariter-Atlanten mit zahlreichen Rezepten, Ausflugstipps und lehrreichen Informationen:

- _____ Expl. «Kern- und Steinobst»
_____ Expl. «Kräuter und Gewürze»
_____ Expl. «Chrut und Rüepli – Alles über Gemüse»
_____ Expl. «Hut ab! Alles über Pilze»
_____ Expl. **NEU:** «Wo der Pfeffer wächst – Reise durch die Welt der Gewürze»



neueste Ausgabe!

Vorname, Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel./E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

Talon einsenden an: **Berner Samariter, Niederbottigenweg 101, 3018 Bern**
Tel. 031 981 34 40, Fax 031 981 41 61, E-Mail samariter@gmx.ch

Bären-Club

Wer sind wir?

Der Bären-Club wurde 1984 gegründet und bezweckt die Förderung bürgerlicher Politik im Kanton Bern.

Bürgerliche Politik fördern – mit Hilfe des Bären-Clubs

Der Bären-Club unterstützt bürgerliche Kandidierende bei Wahlen und Abstimmungskämpfen. Die Mitgliedschaft steht allen offen, also nicht nur Mitgliedern der SVP Kanton Bern.

Werden also auch Sie Mitglied!

Die nachfolgenden Nationalrats-Kandidierenden sind Mitglieder des Bären-Clubs und empfehlen Ihnen einen Beitritt zum Bärenclub mit dem nachstehenden Talon.



Beat Bösiger
Niederbipp



Manfred Bühler
Cortébert



Lars Guggisberg
Kirchlindach



Erich Hess
Bern



Barbara Josi
Wimmis



Thomas Knutti
Weissenburg



Raphael Lanz
Thun



Ernst Wandfluh
Kandergrund



Samuel Krähenbühl
Unterlangenegg



Mathias Müller
Orvin



Werner Salzmann
Mülchi



Martin Schlup
Schüpfen



Nils Fiechter
Oberwil i.S.



Sandra Schneider
Biel



Anissa Weyermann
Utzenstorf



Janosch Weyermann
Bern



Raphael Zwahlen
Busswil b. Büren



Madeleine Amstutz
Sigriswil



Historisches bewahren – bürgerliche Politik fördern

Werden Sie Mitglied im Bären-Club der SVP

Der Bären-Club wurde 1984 gegründet und bezweckt die Förderung bürgerlicher Politik im Kanton Bern. Er unterstützt dazu konkrete Projekte der SVP Kanton Bern, ihrer Unterverbände und Sektionen. So realisierte der Bären-Club historische Projekte wie den Internet-Auftritt für Ruedi Minger anlässlich des 125. Geburtstags des Parteigründers. Der Bären-Club unterstützt auch politische Aktivitäten und finanziert u.a. die Anschaffung mobiler Stände und Zelte für Messen, Ausstellungen und auf Märkten, aber auch der Einsatz von Werbefahrzeugen.

Mitgliedstufe Berner Bär
Einzelmitglieder: Fr. 300.–
Ehepaare: Fr. 500.–

Mitgliedstufe Grizzly
Einzelmitglieder: Fr. 1'000.–
Ehepaare: Fr. 1'800.–

Mitgliedstufe Kodiak
für Unternehmen: Fr. 1'000.–

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Bären-Club stärken Sie einen bürgerlichen Kanton Bern und profitieren dabei von vielfältigen Möglichkeiten, im Zentrum der Politik aktiv mit dabei zu sein. Ihre Beiträge an den Bären-Club sind überdies als Parteispenden steuerlich voll abzugsberechtigt!

Vorname, Name Tel./Natel

Strasse, Nr. E-Mail

PLZ, Ort

Talon senden an: Bären-Club, Thomas Fuchs (Präsident), Niederbottigenweg 101, 3018 Bern

Schweden als Fanal

Stopp, das Boot ist voll

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

«Wer halb Kalkutta aufnimmt, hilft nicht etwa Kalkutta, sondern wird selbst zu Kalkutta». Dieser Satz des weitgereisten Journalisten und Sachbuchautors Scholl-Latour braucht keine weiteren Erklärungen.



Wie die jüngsten Bilder aus Lampedusa zeigen, wird Europa aktuell von einer riesigen Welle Neuankömmlinge überrollt. Ausser unserem dauernd mit schlechtem Gewissen geplagten Nachbarn Deutschland ist jedoch kein Staat daran interessiert, diese Menschen bei sich aufzunehmen. Bei genauerer Betrachtung handelt es sich grossmehrfach um junge Männer, obwohl die Mainstream-Medien immer von vielen Frauen und Kindern berichten. Dabei ist es klar, dass hier nicht die lang ersehnte Lösung des Fachkräftemangels mit den Booten anlegt, sondern dass übermässig viele Leute kommen, die über Jahre, materiell unterstützt werden müssen.

Clan-Kriminalität

Zusätzlich bringt diese Art der Einwanderung auch eine steigende Kriminalität, was die Kriminalstatistiken eindrücklich beweisen. Schweden, ein für alle Sozis lange gepriesenes Vorzeigeland in Sachen Migration, erlebt seit längerer Zeit die gravierenden Folgen dieser verfehlten Politik. Heute sind nicht nur die unzähligen No-go-Areas ein Problem – sondern die einst so sympathische Heimat von Pippi Langstrumpf versinkt in der von Ausländern dominierten Clan-Kriminalität.

Armeeinsatz wegen bürgerkriegsähnlicher Zustände

Zudem gilt seit Jahren wegen des internationalen Terrorismus eine erhöhte Bedrohungslage, und aus Angst vor der islamischen Welt wurden nun Koranverbrennungen auf dem schwedischen Hoheitsgebiet verboten. Dies will die Regierung aber nicht als Einschränkung der Meinungsfreiheit verstanden haben; worum es tatsächlich geht, wurde nicht klar zum Ausdruck gebracht.

Schweden steht am Scheideweg zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen, weil es die Polizei mit ihren personellen und materiellen Ressourcen offenbar nicht mehr schafft, für die notwendige Sicherheit zu sorgen. Und so hat die schwedische Regierung beschlossen, für den Schutz innerhalb der Problemviertel die Armee einzusetzen, was zwar nachvollziehbar ist, im Endeffekt jedoch die Bankrotterklärung eines westlich orientierten Staates darstellt.

Die Zukunft wird zeigen, dass ein solches Vorgehen nur bedingt funktionieren kann. Das Militär ist für solche Polizeieinsätze weder ausgerüstet noch ausgebildet. Dies wird zur Folge haben, dass die Armee in einem sogenannten Ersteinsatz zum Zug kommt, und dass anschliessend die Polizei für das weitere Vorgehen zuständig ist. Dies wird unumgänglich sein, weil Schweden für das jetzige Handeln keinen Ausnahmezustand ausgerufen hat und somit die strafrechtlichen Gegebenheiten weiterhin in Kraft bleiben. Die rechtlichen und taktischen Abgrenzungen zwischen den militärischen Verbänden und den Sicherheitsorganen wird wohl Schweden noch einiges an Kopferbrechen bescheren.

«Unsere» SP-Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider, hat in einem Interview auf die Frage, ob man die Rücknahmeabkommen von Geldzahlungen abhängig machen soll, empört mit der Aussage reagiert, man sei keine Epicerie, also kein Krämerladen. Doch, Frau Bundesrätin, diese Sprache verstehen vor allem auch die Regierungen der Herkunftsländer weitaus besser als diplomatisches Geschwafel. Wie heisst es doch «Wer die Musik bezahlt, bestimmt auch, was gespielt wird.» Das Boot ist m.E. definitiv voll, nicht nur bei uns, sondern in ganz Europa.

Markus Melzl

Nicole
Burger
in den Nationalrat

**Mehr Freiheit und mehr Demokratie -
dafür stehe ich ein.**

 **2x auf Ihre Liste 1**




... und Benjamin
Giezendanner in den
Ständerat

Asylmissbrauch

Achtung, Nordafrikaner!

Junge Männer aus dem Maghreb missbrauchen unser Asylsystem. Sie sind besonders kriminell, gewalttätig und belästigen Frauen.

Asylgesuche aus den nordafrikanischen Staaten Tunesien, Algerien und Marokko nehmen stark zu. Dabei ist kaum einer ein echter Flüchtling. Die meisten sind junge Männer mit schlechtem Leumund. «Vor allem Nordafrikaner» machten Probleme, warnte der Gemeindepräsident von Lyss, Andreas Hegg (FDP), im Schweizer Radio und Fernsehen schon vor zwei Jahren. Sie seien oft «sehr arrogant, verlogen und frech». «Niemand unternimmt etwas. Die Polizei ist ohnmächtig», klagte der Freisinnige.

Seither ist die Lage noch schlimmer geworden. Algerier führen die Liste krimineller Ausländer an. 2021 wurden 1185 Algerier für ein Vergehen oder Verbrechen verurteilt. Damit liegen sie deutlich vor den Franzosen (864) und den Rumänen (806).

Die hier ansässigen Nordafrikaner sind extrem kriminell und gewalttätig – auch gegenüber Frauen. Das zeigt die sogenannte Belastungsrate. 22 auf tausend hier ansässige Algerier sind kriminell. Von den algerischen Männern zwischen achtzehn und neunundzwanzig Jahren sind 63 auf tausend kriminell. Zum

Vergleich: Von tausend Serben sind sieben, von tausend Iren nicht einmal einer kriminell.

Diese Gefährdung unserer Sicherheit verdanken wir der gescheiterten Asylpolitik von Mitte-Links. Wollen wir, dass unsere Frauen und unsere Kinder sich wieder frei und sicher bewegen können, dann gibt es nur eines: Die bürgerliche Wende muss in den Herbstwahlen Tatsache werden!

Philipp Gut

Churz & Bündig

Eine bekannte Schaffhauser Bierbrauerei bekundet offensichtlich Mühe mit den Eidgenossen. Während Jahren hat sie ein bestimmtes Spezialbier unter dem Namen «Eidgenoss» verkauft. Dies habe, erklärt sie heute, wiederholt Kritik ausgelöst, die Brauerei sympathisiere mit der «rechten Ecke der Politlandschaft» – ganz so, als müsse man alle Eidgenossen generell den Rechtsextremisten zuordnen. Und jetzt beugen die Schaffhauser Falken ihr Knie vor den linken Kritikern: Der «Eidgenoss» wurde umgetauft. Er heisst jetzt nur noch «Amber». Prost Kniebeuger! *us*

Am 22. Oktober 2x auf Ihre Liste

Gut gewählt, gut für uns

PHILIPP GUT in den Nationalrat

In den Ständerat Benjamin Giezendanner

Wieder in den Nationalrat

“Für die Zukunft der Schweiz ist es zentral, dass wir an unseren Erfolgsrezepten direkte Demokratie, Föderalismus, Milizprinzip und Unternehmertum festhalten.”

- ✓ unternehmerisch
- ✓ zuverlässig
- ✓ engagiert

Liste 1

Thomas Burgherr

Und Benjamin Giezendanner in den Ständerat!

www.thomasburgherr.ch

pneu 
bösiger
langenthal



IHR KOMPETENTER REIFEN- & AUTOPARTNER IN LANGENTHAL

**PNEUSERVICE | AUTOSERVICE | KLIMASERVICE
AUTOVERKAUF | AUTOVERMIETUNG**

Neben Pneus vom Profi
finden Sie bei uns auch
gepflegte Occasionen und
interessante Neuwagen.



100% 

Die Strategie hinter der linken Politik Hinter feindlichen Linien



Die Schweiz ist eines der erfolgreichsten Länder weltweit. In kaum einem anderen Land geniessen die Bürger mehr Wohlstand. Es gibt kein einziges Land, welches mit sozialistischer Politik oder offenen Grenzen Wohlstand erschaffen oder erhalten konnte. Oder macht es Venezuela besser als die Schweiz? Wollen wir Zustände, wie im «bereicherten» Deutschland, Frankreich oder Schweden

mit den Migrantenghettos? Das will niemand, der bei klarem Verstand ist. Warum betreibt Mitte-Links dennoch eine sozialistische Politik? Warum will Mitte-Links weiterhin offene Grenzen und eine masslose Zuwanderung?

Die Strategie dahinter ist niederträchtig: Linke Politik stürzt die Menschen ins Elend – und dann kommen die Linken und wollen mit dem Sozialstaat die «Rettung» bieten. Ein konkretes Beispiel: Früher war die Schweiz bei der Energieversorgung unabhängig, mit günstigen Preisen. Heute sind wir vom Ausland abhängig. Die

Energiepreise gehen durch die Decke. Der Grund ist die gescheiterte Energiestrategie. Wir erinnern uns: Bei der Abstimmung versprochen die linken Politiker, dass die Mehrkosten pro Haushalt und Familie bei maximal 42 Franken pro Jahr liegen würden.

In der Stadt Zürich führen die Linken nun eine sogenannte «Energiekostenzulage» ein, weil tausende Haushalte die Energierechnungen kaum mehr bezahlen können. Bis zu 1'500 Steuerfranken bekommen jeder Antragsteller ausbezahlt. Die Linken feiern dies als «grosse Errungenschaft», weil es ein neues Sozialwerk ist. Sie feiern es, dass durch ihre Politik viele Bürger zusätzlich auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Nutzniesser sind die Linken in der Sozialindustrie und in der Öko-Industrie. Allein in der Stadt Zürich wird das absurde Netto-Null-Ziel rund 12 Milliarden Franken kosten. Zuerst mit der «Klimakrise» der Bevölkerung Angst und Schrecken einjagen. Dann gross abkassieren. Das ist die Strategie hinter der linken Politik. Wählen am 22. Oktober Mitte-Links endlich ab.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.



J. Eisenring AG

e Architektur und Vermittlung

9500 Wil www.e-arch.ch
 Tel. 071 913 36 70 info@e-arch.ch

Zu verkaufen neues EFH + neue Whg.:

Lamperswil freistehendes	5½ - 6½ Zi.-EFH
Netto-Wohnfläche ab 160 m ²	Fr. 1'250'000.00
Bühler /AR	3 ½ Zi.-Whg
Netto-Wohnfläche 82 m ²	Fr. 680'000.00

Tel. Montag – Samstag bis 20.00 Uhr

071 913 36 70 / www.e-arch.ch

Es kommen zu viele ...

... und es kommen die Falschen

von Martina Bircher, Nationalrätin, Vizeammann, Betriebsökonomin FH, Aarburg AG

Der Bund allein gibt vier Milliarden Franken pro Jahr für das Asylunwesen aus, dazu kommen noch die Kosten für Kantone und Gemeinden. Eine Vollkostenrechnung liefert das zuständige Staatssekretariat für Migration (SEM) bis heute nicht. Und jeder dritte Afrikaner in der Schweiz lebt vom Sozialstaat. Dazu kommt: Die Schweiz wird immer unsicherer.



Viele dieser Asyltouristen beanspruchen unser Gesundheitswesen stark. Sie schleppen Krankheiten in die Schweiz ein, die bei uns längst ausgerottet sind. In der Schule gehen die Probleme weiter, es kommt zu Auffälligkeiten, der Unterricht leidet. Studien bestätigen, dass die Unterrichtsqualität bei einem Ausländeranteil von über dreissig Prozent massiv abnimmt.

Man muss sich das vergegenwärtigen: All die Kinder aus dem Asylbereich gehen nach wenigen Wochen mit unseren Kindern in dieselbe Klasse. Keines dieser Kinder spricht unsere Sprache, und viele sind sogar Analphabeten. Da die meisten dieser Kinder zudem aus frauenverachtenden Kulturen stammen, können sich die Lehrerinnen nicht durchsetzen, weder bei den jungen Burschen noch bei ihren Vätern. Mittlerweile haben viele Schulen aufgegeben. Sie vermeiden jegliche Aktivitäten, welche zu Problemen führen können. Für Klassenlager, Schwimmunterricht gibt es schon längst Ausweichprogramme, Schweinefleisch ist gestrichen worden. Und eine Integration ist bei dieser Masse nicht mehr möglich.

In der Zuwanderungsspirale gefangen

Unsere Kinder gehören zu den grössten Verlierern dieser verantwortungslosen Asylpolitik. Doch nicht nur unsere Kinder, sondern die gesamte Schweizer Bevölkerung leidet unter dieser fehlgeleiteten Zuwanderungspolitik. Denn allein 2022 kamen mehr als 180'000 Personen in die Schweiz. Trotzdem war der sogenannte Fachkräftemangel noch nie so gross. Man braucht nicht

viel Fantasie, um zu merken, dass die Schweiz in einer Zuwanderungsspirale gefangen ist.

Denn nur schon die mehr als 180'000 Personen, die 2022 in die Schweiz kamen, brauchen Wohnungen. Weil wir eine akute Wohnungsnot haben, müssen zusätzliche Wohnungen gebaut werden. Die fehlenden Handwerker werden im Ausland rekrutiert. Auch sie benötigen Wohnraum sowie weitere Dienstleistungen und Infrastrukturen, beispielsweise, wenn sie krank sind. Also braucht es zusätzlich Ärzte und Pflegepersonal. Auch diese werden im Ausland rekrutiert. Für ihre Kinder brauchen die Zuwanderer Lehrer und Schulhäuser. Die Zuwanderer sind mobil, fahren Zug oder Auto – unsere Strassen sowie der öV sind bereits heute überlastet. Die Zuwanderung braucht auch Strom.

Dazu kommt: Die Schweiz wird auch immer unsicherer. Die Polizeikräfte müssen dringend personell verstärkt werden. Wir befinden uns in einer Zuwanderungsspirale oder anders ausgedrückt: Es braucht immer mehr Zuwanderung für Zugewanderte.

Zuwanderung eigenständig steuern

Daher braucht es neben dem Paradigmenwechsel im Asylbereich auch eine konsequente Umsetzung der Initiative gegen Masseneinwanderung. Wir müssen die Zuwanderung wieder eigenständig steuern – und zwar so, dass sie unserem Land nützt.

Martina Bircher



«Schweizerzeit»-Special
Fr. 69.– pro Monat exkl. MWST.
inkl. 300 Kopien und Vor-Ort-Garantie

A3-Farbkopierer, -Scanner, -Drucker und -Telefax
 inkl. Original-Einzug, 2 Kassetten, Stapel-Einzug, Unterschrank, TOP-Qualität, dank 1200 dpi, Duplex, Netzwerk, USB 2.0, automat. Hefter, Air-Print, Super Touch-Display, farbig
3 Jahre Vor-Ort-Garantie
OCotex AG – 041 799 50 00

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
 Preis bis Ende 2024: Fr. 80.–

Name / Vorname: _____

Strasse / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Mail-Adresse: _____

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: _____

Unterschrift: _____

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
 Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
 E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Doppelvortrag und Diskussion

Mario Andreotti Hanspeter Amstutz



Der Unterricht in Geschichte kommt in der Volksschule viel zu kurz. Dabei ist historisches Wissen, gerade für junge Menschen, von existentieller Bedeutung.

- Warum ist das so, warum sollen wir uns mit der Vergangenheit befassen?
- Wie wird Geschichtsunterricht für Jugendliche auch im Rahmen des neuen Lehrplans spannend gestaltet und wie kann politisches Interesse geweckt werden?
- Bringt das Reformprojekt «Gymnasium der Zukunft» für das Fach Geschichte eine Verbesserung oder gar eine Verschlechterung?
- Welche Zukunft hat Geschichte innerhalb der Bildungspolitik?

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte sind herzlich eingeladen.

Donnerstag, 16. November 2023, 19 bis 22 Uhr im Schulhaus St. Leonhard, Vadianstr. 49, St. Gallen
(5 Gehminuten vom Bahnhof, Eingang zur Aula nur über Davidstrasse)

Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer, heute Dozent für Neuere deutsche Literatur, ist ein profunder Kenner der schweizerischen Bildungslandschaft. **Hanspeter Amstutz**, ehemaliger Sekundarlehrer und Bildungsrat, hat mit einem narrativen Zugang Jugendliche für Geschichte und politische Fragen begeistern können.

sekretariat@starkevoksschulesg.ch www.starkevoksschulesg.ch



Welche Parteien kämpfen überzeugt und überzeugend gegen: Demonstrationen mit Sachbeschädigungen? Klima-Aktivist:innen, die den Verkehr mit ihrer Kleberei unterbinden? Die zunehmende Gewalt und Kriminalität? Masseneinwanderung wegen offener Grenzen? Die rasant und massiv steigende Armut. Die Diffamierung der Alten. Den massiven Abbau von Leistung und Qualität im Gesundheitswesen? Gleichgültigkeit, Bequemlichkeit, Lethargie und Liederlichkeit auf allen Stufen? Die Aushöhlung der Sozialleistungen infolge völlig überrissener Leistungen?

Urteilen Sie selbst! Jene Parteivertreter(innen), die nicht gegen die Verlotterung ankämpfen, sind im Herbst auf allen Listen zu streichen.

*

EZB: Misstrauen ist angebracht. Bekanntlich will die Europäische Zentralbank (EZB) das EZB-Digitalgeld in der ganzen Eurozone zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen, womit alle Händler und Gläubiger diesen zur Begleichung aller Schuldverhältnisse akzeptieren müssen. Zwar wird von EZB-Chefin Christine Lagarde und von EU-Wirtschafts- & Währungskommissar Paolo Gentiloni nach wie vor beteuert, dass der digitale Euro lediglich «eine zusätzliche Option» für europäische Bürger darstellen solle. Misstrauen ist angebracht.

Tis Hagmann

EINER VON UNS
Manuel Strupler
wieder in den Nationalrat

Hermann Lei
Rechtsanwalt, Frauenfeld
«Rechtschaffen, gradlinig, erfolgreich –
ich wähle Manuel Strupler!»

2 x auf Ihre Liste
LISTE 14
SCHWEIZER VOLKSPARTEI
SVP
STÄRKE FÜR ALLE



Vielfältige **SCHWEIZERZEIT-** Leserschaft



hf. Im Herbst 2012 bin ich Mathias Müller zum ersten Mal begegnet. Ich hatte auf Ersuchen von Christoph Blocher das OK-Präsidium für die Grossveranstaltung «20 Jahre EWR-Nein» übernommen. Nachdem unsere Wahl eindeutig auf Biel als Nahtstelle zwischen Deutsch und Welsch – genauer auf den Hayek-Park direkt am See – gefallen war, brauchte ich im OK einen Macher vor Ort. Dieser musste dort die nötigen Fäden spannen und die Verantwortung für die ganze Infrastruktur tragen. Und wir fanden diesen Mann, der die schwierige Aufgabe mit Bravour meisterte, in der Person von Mathias Müller. Im Herbst 2015 war ich Gastredner bei der Brevetierungsfeier der Infanterie-Offiziersschule. Kommandant war – Sie ahnen es schon – Mathias Müller. Er hat die angehenden Leutnants zu Höchstleistungen motiviert und sie zu Führungspersönlichkeiten «geschmiedet». Und aktuell tritt er für die Berner SVP als Nationalratskandidat an. Seine Wahl wäre unzweifelhaft ein grosser Gewinn für die SVP und für die Schweiz.

Mathias Müller (mathias.mueller@bluewin.ch)



«Ich wurde 1970 in Biel geboren und bin als Einzelkind in dieser Stadt aufgewachsen, die für mich zum Lebensmittelpunkt geworden ist. Nach meiner Schulzeit bestand ich 1990 die Matura am Wirtschaftsgymnasium in Biel, dann verschlug es mich an die Universität Bern. Hier vertiefte ich mich in die Arbeits- und Organisationspsychologie sowie in die Medienwissenschaften – ein Doppelstudium, das meine Neugier und mein Interesse an Menschen und Medien reflektierte. Während dieser Zeit trug ich viele Hüte: Vom Chauffeur über den Matrosen auf dem Bielersee zum Postangestellten und Fitnesstrainer bis zum Journalisten. Jeder dieser Jobs lehrte mich etwas Neues und half mir, verschiedene Facetten des Lebens zu erkennen.»

Das Jahr 2000 bringt die berufliche Entscheidung: Mathias Müller entschliesst sich, Berufsoffizier zu werden. Hier durchläuft er verschiedene spannende Stationen – er kommandiert die Spitzensport-RS, dann die Infanterie-Offiziersschule und wird schliesslich Chef Rekrutierung der Schweizer Armee. Höhepunkte sind in dieser Zeit das Jahr bei der US Army in der Infantry School in Fort Benning/Georgia sowie die Arbeit im Generalsekretariat VBS während der Zeit, als Guy Parmelin Chef des VBS

ist. Heute ist Oberst im Generalstab Müller im Stab des Chefs der Armee tätig. Mit besonderem Stolz erfüllt es ihn, dass er im Truppendienst das Seeländer Infanteriebataillon 13 führen durfte. Auch im privaten und familiären Bereich hat Mathias Müller sein Glück gefunden: «Seit zwanzig Jahren bin ich mit Sandra, einer gebürtigen Kanadierin, verheiratet. Wir haben drei grossartige Kinder, zwei Töchter und einen Sohn im Teenageralter.»

Start bei den Jungfreisinnigen

«Politisch begann meine Reise bei den Jungfreisinnigen im Alter von 14 Jahren. Wegen dem zunehmenden Eatismus der FDP und dem niederträchtigen Komplott gegen Bundesrat Blocher wechselte ich dann aber zur SVP Biel. Nach einigen Wirrnissen – bis hin zur Spaltung der Bieler SVP – ist es mir zusammen mit einigen Mitstreitern gelungen, die SVP zur führenden bürgerlichen Partei in Biel zu machen. Das Highlight war der Moment, als wir das Unerwartete schafften: Wir brachten einen SVP-Vertreter in die Exekutive des roten Biel. Ein Schock der beim Establishment in der Stadt noch immer tief sitzt. Seit 2013 habe ich das Privileg, dem Bernischen Grossen Rat (Kantonsparlament) anzugehören, und 2016 wurde ich zum Vizefraktionspräsidenten gewählt.»

Keine «Strangulation durch Regulation»

Das Streben nach möglichst viel Freiheit dominiert Mathias Müllers Denken und Handeln in allen Lebensbereichen. «Ich bin überzeugt, dass Menschen grundsätzlich gut sind und Gutes tun möchten. Aber um dieses angeborene Potenzial zu entfalten, brauchen sie möglichst viel Handlungsfreiheit. Dazu gehört aber auch die Eigenverantwortung.» Übermässige Bevormundung und

Podcast

«Der stoische Pirat» – www.muellermathias.ch

Bücher

- «Wie entscheiden Sie?» (2016 Werd und Weber Verlag)
- «Piraten – Die Kunst Grenzen zu überschreiten» (2023 Tredition Verlag)
- «Gedanken eines stoischen Piraten» (2023 Wird und Weber Verlag)



Reglementierung lehnt er entschieden ab. Sie sind für ihn ein zu enges Korsett, das den Willen und die Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen einengt – sozusagen eine «Strangulation durch Regulation».

«Ich bin überzeugt, dass wir als Individuen nicht nur die Möglichkeit sondern die Pflicht haben, unsere Fähigkeiten und Talente der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen, sei es in der Armee, in der freiwilligen Feuerwehr, in einem Verein, in der Politik oder wo auch immer. Es ist unsere Pflicht, etwas für die Gemeinschaft zu leisten. Nicht der Staat soll diese Aufgabe übernehmen, sondern wir selbst.» Im Weiteren glaubt Mathias Müller an Solidarität und Nächstenliebe – und nicht an staatlich verordnete Umverteilungsmechanismen. Und selbstverständlich könne es keine Freiheit ohne Sicherheit geben. «Deshalb unterstütze ich eine Milizarmee, die sowohl in der Ausrüstung, Alimentierung und Ausbildung darauf vorbereitet ist, unser Land zu verteidigen.»

Erfolge und Misserfolge

Erfolge und Misserfolge sind für Müller wie Fussabdrücke auf dem Sandstrand seiner Lebensreise. «Zwar hinterlassen sie Spuren, doch mit der Zeit verschwinden sie. Bei einem Erfolg – sei es im Beruf, sei es im Sport – verweile ich kurz im Glanz des Augenblicks. Aber ich richte meinen Blick sogleich wieder auf die Gegenwart und auf das, was noch vor mir liegt.» Und Misserfolge beurteilt er durch die Linse von Nelson Mandelas Weisheit und Friedrich Nietzsches «Amor Fati» (der Liebe zu seinem Schicksal). Müllers Fazit: Beide lehren uns folgendes: «Man verliert nie – entweder man gewinnt oder man lernt dazu.»

«Es ist oft erstaunlich, wie sich aus einem unschönen Erlebnis etwas Positives entwickeln kann. Ein Beispiel: Obwohl ich ein Ultraliberaler bin, hat der «Blick» mich einmal als Nazi verunglimpft – ein äusserst unangenehmes Erlebnis. Aber genau daraus ergaben sich auch schöne Momente. Die Welle der Solidarität und Unterstützung, die mir danach entgegenschlug, war immens. Besonders rührte mich der offene Brief linker Berner Politiker zu meinen Gunsten.»

Schreiben, Podcasting

Mathias Müller liebt es, zu kommunizieren, Menschen zu begeistern und neue Kontakte zu knüpfen. Sein intensivstes Hobby ist jedoch das Schreiben und das Podcasting. Drei Bücher hat er bereits verfasst: Eines enthält Kurzgeschichten im Zusammenhang mit Führung, das zweite zeigt auf, was wir von den Piraten des 17. Jahrhunderts lernen können, und das dritte kombiniert Führung mit Psychologie und Philosophie. Auch tritt er regelmässig als «Keynote Speaker» vor allem zum Thema Leadership auf. Sein Podcast «Der stoische Pirat» ist seit 2020 sein wöchentliches Highlight. «Mit mittlerweile über hundert Episoden, in denen ich sowohl spannende Gäste wie Ständerat Salzmann oder Nationalrat Glarner begrüsse als auch eigene Gedanken teile, ist es mein Ziel, zum kritischen Denken anzuregen. Denn ich glaube fest daran, dass genau dieses unabhängige, kritische Denken der Schweizer der Schlüssel zu unserem Erfolg ist. Wir Schweizer lassen uns nicht vorschreiben, was zu denken ist. Unsere Gedanken sind frei und unabhängig.»

«Erwähnen möchte ich noch zwei Dinge, die nicht direkt mich betreffen, die aber mein Leben in besonderer Weise prägen und mich inspirieren: Zum einen ist da meine unglaubliche Frau, die 2022 zur Europameisterin im Gewichtheben in der Kategorie der über 50-Jährigen gekrönt wurde. Ihr Talent und ihre Entschlossenheit inspirieren mich täglich. Zum andern ist da unser 18-jähriger Sohn, der in der höchsten kanadischen Juniorenliga Eishockey spielt und das Privileg hatte, letzten Dezember für die Schweiz bei der U20 Eishockey-WM in Kanada aufzutreten.»

Fürwahr: Mathias Müller (und seine Familie) verkörpern Qualitäten, die es in Bern dringend braucht!

Hans Fehr

Die Schweizerzeit-Agenda

Samstag, 4. November 2023, 10.00–16.00 Uhr

Herbstveranstaltung

Referat von Dr. Markus Krall. Anschliessend Podium mit a. BR Ueli Maurer, NR Mike Egger und KR Hermann Eggen. Leitung Ulrich Schlüer. **ausverkauft** bis 26. Oktober 2023 an liebi@schweizerzeit.ch
Landgasthaus Sonne, Haus der Freiheit, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Mittwoch, 22. November 2023, 19.30 Uhr

«Ja zur Schweiz»

Ukraine-Krieg – Neutralität – Masseneinwanderung – Inflation – Sprachspinnereien
Vortrag und Diskussion mit Ulrich Schlüer, Schweizerzeit
Hotel Blumenstein, Am Bahnhofplatz, Oberstadtstrasse 4, 8500 Frauenfeld/TG

Büchertisch



Angriff auf unser Bargeld

Warum ein Bargeldverbot vorbereitet wird, wer davon profitiert und wie Sie Ihr Vermögen davor schützen

Michael Brückner

Anstrengungen zu umfassendem Bargeldverbot sind innerhalb der EU im Gange. Darüber orientiert die Neuerscheinung von Michael Brückner – mit einem Plädoyer für Bargeld und freie, von der Obrigkeit nicht einsehbare Geldnutzung durch jeden Einzelnen.

Kopp, Rottenburg 2023, 208 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10



George Soros' Krieg

Wie die Open Society Foundations die Welt an den Rand des Dritten Weltkriegs gebracht haben

Collin McMahon

Dass George Soros mit den ihm zur Verfügung stehenden Milliarden markant eingreift ins politische Geschehen, wird eigentlich kaum bestritten. Wer dies feststellt, wird freilich allzu rasch als «Weltverschwörer» diffamiert. Man muss das Original lesen, bis man sachgerecht urteilen kann.

Kopp, Rottenburg 2023, 367 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.05

AKTUELL



Ich habe mitgemacht

Das Archiv des Corona-Unrechts

Burkhard Müller-Ullrich

Das Buch präsentiert eine sorgfältig zusammengestellte Abfolge aller Erlasse und vieler Stellungnahmen zur Corona-Pandemie. Die Dokumentation befördert viel Fragliches – aber auch später als lügenhaft Entlarvtes ans Tageslicht. Eine Kontrafunk-Dokumentation.

Kontrafunk-Edition, Steckborn 2023, 540 S., Taschenbuch, brosch., (Richtpreis Fr. 44.00) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 39.60



Bundesrat Maurer spricht

Reden von Bundesrat Ueli Maurer aus den Jahren 2009–2015

Matthias Müller, Hans Luginbühl (Hsg.)

Einleitung: Jürg Stüssi-Lauterburg
Ueli Maurer, seinerzeit Opponent im Bundesrat, tief verbunden mit der Öffentlichkeit, spricht Wahrheiten zu Tatsachen aus, die

zumindest all jene Menschen bewegen, die mit Sorge – Folge der ungezügelter Masseneinwanderung – den stattfindenden Niedergang der Schweiz verfolgen. Standpunkte von wegweisendem Charakter.

Merker im Effingerhof, Lenzburg 2016, 238 S., geb., (Richtpreis Fr. 59.00)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 53.10



Scheiss-Bullen

Ein Polizist erzählt aus seinem Berufsalltag zwischen Hass und Gesetz

Andreas Widmer

Ungeschminkt erzählt ein Polizist, was er erlebt und hinnehmen muss, wenn er zum Beispiel auf der sog. Partymeile in der Freitagnacht für Sicherheit und Recht sorgen muss.

Sein vor vier Jahren niedergeschriebener Erlebnisbericht hat nichts an Aktualität eingebüsst. Für die Rassismus-Kommission müsste er Pflichtlektüre sein.

Giger, Altendorf 2019, 172 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 19.70



Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit

Wie die Cancel Culture den Fortschritt bedroht und was wir alle für eine freie Debattenkultur tun können

Harald Schulze-Eisentraut, Alexander Ulf (Hsg.)

Zunehmend auch schweizerische Universitäten geraten ins Ziel-feld von Ideologen, die als Wissenschaft nur zulassen wollen, was ihrer Ideologie dient – bezüglich Klima, bezüglich Genderismus, bezüglich Veganismus usw. Freiheitsverlust bedeutet Rückfall ins Mittelalter.

Finanzbuch, München 2022, 265 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.50)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 31.10

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

HEIMAT

**Silvesterchlausen**

Geächtet – Geduldet – Gefördert

Johannes Schläpfer
In Herisau und Umgebung am neuen, in Urnäsch sicher erst am alten Silvester, sind sie alljährlich unterwegs – die «schönen», die «wüeschten», die «schö-wüeschten» Silvesterchläuse. Jetzt präsentiert ein neuer, repräsentativer Bild- und Textband die alte Tradition des Chlausens im Appenzellischen: Seine Entstehung, seine Erscheinungsformen, seine Entwicklung in den verschiedenen Talschaften Ausser- und Innerrodens. Ein interessanter Prachtsband – geeignet auch als attraktives Geschenk.

Appenzeller Verlag, Schwellbrunn 2023, 160 S., geb., reich ill., Grossformat (Richtpreis Fr. 49.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.10

Appenzeller Verlag, Schwellbrunn 2023, 160 S., geb., reich ill., Grossformat (Richtpreis Fr. 49.–) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 44.10

BUCHZEICHEN

**Durchs irre Germanistan**

Notizen aus der Ampel-Republik

Henryk M. Broder und Reinhard Mohr
Zwei für ihre spitze Feder und für ihre treffende Satire bekannte Autoren präsentieren «ihr Deutschland», wie es sich in atemberauschender Geschwindigkeit vom weltweit geachteten Atomstaat zur Windrad-Republik entwickelt. Sie beschreiben amüsant und bohrend, wie Herr Habeck deutsche Interessen dem Ausverkauf preisgibt, wie der Alltag zunehmend von «Schornsteinfegenden» und Fussgänger*Innen geprägt wird, wie man sich zu «Mut für Weniger» gratuliert, wo Deutschland Fussball immer sichtbarer so spielt, wie es regiert wird, wo zunehmend der Wurm selbst am Humor nagt.

Kurz: Eine Lagebeurteilung, geprägt von bedenklichen Erscheinungen und Entwicklungen, von zwei Autoren süffig präsentiert.

Europa-Verlag, München 2023, 224 S., brosch., (Richtpreis Fr. 27.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 25.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Michael Brückner – Angriff auf unser Bargeld **à Fr. 25.10**
 Collin McMahon – George Soros' Krieg **à Fr. 31.05**

Aktuell

- Burkhard Müller-Ullrich – Ich habe mitgemacht **à Fr. 39.60**
 M. Müller, H. Luginbühl – Bundesrat ... **à Fr. 53.10**
 Andreas Widmer – Scheiss-Bullen **à Fr. 19.70**
 H. Schulze, A. Ulfing – Angriff auf die ... **à Fr. 31.10**

Heimat

- Johannes Schläpfer – Silvesterchlausen **à Fr. 44.10**

Buchzeichen

- H. M. Broder, R. Mohr –
 Durchs irre Gemanistan **à Fr. 25.10**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
 Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(20/13.10.2023)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel.-Nr. _____

Datum _____

Unterschrift _____



SCHWEIZERZEIT am Radio

Das einzige unabhängige
liberal-konservative Radio für den
deutschsprachigen Raum

Auch die Schweizerzeit ist dabei!

Jeden Montag, 10 bis 11 Uhr

Schweizerzeit-Sendungen präsentieren Ihnen
Corinna Zigerli, Stefan Millius und Ulrich Schlüer

www.kontrafunk.radio

oder in der App

KONTRA FUNK



.radio
Die Stimme der Vernunft

Die nächste Schweizerzeit
erscheint am

27. Oktober 2023

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Veranstaltungen: Elisabeth Liebi

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand,
Markus Melzl, Mihajlo Mrakic, Charly Pichler,
Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Finanzen, Organisation: Cornelia Rick

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Abtreibungs-Wahnsinn

Eines meiner entscheidenden Wahlkriterien in diesem Jahr ist das «Pro Life Rating». Dieses schafft Transparenz darüber, wie sich Nationalratskandidaten zu Fragen des Lebensschutzes, namentlich zu Abtreibungen, positionieren.

In einer Zeit, in der es von einer Mehrheit des Volkes offenbar schulterzuckend hingenommen wird, dass in der Schweiz Jahr für Jahr über 10'000 Kinder abgetrieben werden, halte ich es für das Gebot der Stunde, dieses wichtige Thema zu beleuchten. Dies gerade auch vor dem Hintergrund, dass die meisten Nationalratskandidatinnen und -kandidaten sich vor einer klaren Positionierung drücken, wie der Umstand belegt, dass beim «Pro Life Rating» bis jetzt (Stand: 2.10.2023) gerade mal 25 Kandidaten der SVP mitgemacht haben.

Dabei ist die Lage schockierend. Laut Bundesamt für Statistik wurden im Jahr 2022 bei Frauen mit Wohnsitz in der Schweiz 11'341 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Dies entspricht einer seit 2020 weitgehend unveränderten Rate von 6,9 Schwangerschaftsabbrüchen pro 1'000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren. Dass die Abtreibungszahlen so horrend hoch sind, dürfte vielen gar nicht bewusst sein. Warum auch – die Mainstream-Medien widmen ihnen keine Titelstorys ...

Aus offiziellen Quellen lässt sich herauslesen, dass in der Schweiz seit Einführung der Fristenregelung von 2004 bis 2022 rund 204'000 Kinder abgetrieben worden sind. Mit 11'341 war 2022 das traurige «Rekordjahr», wobei die Statistik bloss die offiziellen Schwangerschaftsabbrüche zählt. Die Dunkelziffer dürfte wohl noch höher liegen.

Jedes neunte Kind in der Schweiz darf seine Geburt nicht erleben. Nie kann die Zahl der Notsituationen und Vergewaltigungen so hoch gewesen sein, dass erklärbar wäre, dass in 19 Jahren mehr Kinder abgetrieben worden sind als der Kanton Graubünden Einwohner zählt. Dabei ist es doch paradox: Wir begründen die angeblich so dringend benötigte Masseneinwanderung mit sinkenden Geburtenraten, lassen aber zu, dass tausende Kinder nie das Licht der Welt erblicken dürfen, nie ihre Potenziale entfalten und nie Freude empfinden können.

Slogans linker Feministinnen («Mein Körper – meine Entscheidung») haben sich längst in der bürgerlichen Gesellschaft festgesetzt. Abtreibung – das Töten Ungeborener – wurde zum selbstverständlichen Menschenrecht erklärt. Ich wähle niemanden, der diesen gesetzlich legitimized Wahnsinn unterstützt.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt**